

## 2. Grundlagen: Konflikt und Staat in der Systemtheorie

Zunächst möchte ich die theoretischen Grundlagen meiner Arbeit darlegen. Dafür sind einige Ausführungen zu den Systemtheorien und zum systemischen Denken unerlässlich sowie die Klärung einiger grundlegender Begriffe. Im Anschluss möchte ich in diesem Kapitel die Begriffe Konflikt, Konflikttransformation und Staat erörtern.

### 2.1. Systemtheorie und systemisches Denken

In meiner Berufspraxis als Friedensfachkraft in Bolivien haben sich systemische Ansätze regelmäßig als wirkungsvoll und nützlich erwiesen. Aus diesem Grund habe ich den Anspruch formuliert, diese Arbeit systemtheoretisch zu begründen. Einwände dagegen haben nie gefehlt: Die Systemtheorie sei viel zu eurozentrisch, um damit im globalen Süden sinnvolle Analysen anstellen zu können. Diese Annahme beruht nach meiner Beobachtung vielfach auf dem Missverständnis, dass Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme *die* Systemtheorie sei. Ich möchte deshalb ein paar Überlegungen zur Systemtheorie und zum systemischen Denken voranstellen. Die von Luhmann entwickelten Grundlagen sind zwar unentbehrlich für ein systemisches Verständnis von Gesellschaft, Systemtheorie ist jedoch von vielen Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Disziplinen (weiter-) entwickelt worden. Man muss deshalb wohl feststellen, dass es die eine Systemtheorie nicht gibt: Die unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen haben systemische Denkweisen und Erkenntnisse ganz unterschiedlich rezipiert. Und die Unterschiede sind nicht nur zwischen den Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften erkennbar, wo sie vielleicht zu erwarten wären, auch die verschiedenen geisteswissenschaftlichen Ausrichtungen (Soziologie, Psychologie, Konfliktforschung, Literatur, etc.) haben jeweils ihre eigene Rezeptionsgeschichte von Systemtheorie und systemischem Denken, in Abhängigkeit von der jeweils erforschten Thematik. Die Rezeption systemischer oder systemtheoretischer Gedanken erfolgt in der Regel selektiv. Für die Literaturwissenschaft schreibt Böhm beispielweise: „*Dabei ist es inzwischen tatsächlich so, dass weniger die Geschlossenheit der ganzen Theorie im Fach reflektiert wird als die funktionale Anwendung bestimmter Figuren. Auch damit bestätigt sich allerdings die Systemtheorie, denn was ein System aus seiner Umwelt aufnimmt, richtet sich nach der eigenen Codierung und Programmierung, und die Literaturwissenschaft importiert eben Theoriebausteine, um damit fruchtbringend am Text zu arbeiten, und codiert dabei erkenntnisgenerierend / nicht erkenntnisgenerierend*“ (Böhm 2011: 96, Hervorhebung im Original).

Es ist ein Anspruch der Systemtheorie, interdisziplinär zu sein. Luhmann bezeichnete sie als Supertheorie mit universalistischen Ansprüchen (Luhmann 1991: 19) und gerade in dem fächerübergreifenden Brückenbau liegt meines Erachtens ihre Stärke. Um diese Stärke nutzen zu können, muss man sich jedoch frei machen von den Wissenschaftstraditionen *eines* spezifischen Faches. Für eine juristische Arbeit bedeutet dies vor allem, die Systemtheorie nicht als *Niklas Luhmanns Theorie* zu behandeln. Seine Beiträge zu einem systemischen Verständnis von Gesellschaft sind unbestritten und ich werde deshalb vielfach auf ihn Bezug nehmen. Ich werde jedoch auch Erkenntnisse einführen, die aus den Systemtheorien anderer Fachrichtungen kommen, ohne dabei jedes Mal eine Luhmann-Dekonstruktion vorzunehmen. Nur so lässt sich die Stärke einer interdisziplinären Theorie wirklich nutzen.

Dazu kommt, dass das Reflektieren über Systeme nicht das Privileg von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ist. Praktiker und Praktikerinnen entwickeln seit Jahrzehnten das so genannte *systemische Denken*. *Systemisches Denken* unterscheidet sich von *Systemtheorie* dadurch, dass es in der Praxis entwickelt wird, zur Lösung konkreter Probleme, auf die die wissenschaftliche Theorie keine Antworten bietet. Checkland beschreibt in diesem Zusammenhang, wie in der Organisationsforschung versucht wird, Management-Probleme als wiederkehrend zu begreifen und bestimmte Problemtypen herauszuarbeiten. Die mit der Problemlösung befasste Person im Unternehmen sieht jedoch eher die Inhalte, die ihr Problem einzigartig machen, als die Form, die daraus ein allgemeines Problem macht (Checkland 1981: 74). Checkland zufolge entwickelte sich systemisches Denken also deshalb, weil abstrakte wissenschaftliche Erkenntnisse oft nicht in konkreten Entscheidungssituationen nützlich gemacht werden können. Die Praxis muss sich systemtheoretische Konzepte auf ihre eigene Weise zugänglich machen, genau wie Böhms das für die Literaturwissenschaft formuliert hat. Da die Praxis keine abstrakten Erkenntnisse sucht, sondern konkrete, ist der Code, der die Rezeption leitet, hier wohl mit *konkret erkenntnisgenerierend / nicht konkret erkenntnisgenerierend* zu beschreiben, was sich vereinfachen lässt zu *nützlich / nicht nützlich*.<sup>2</sup>

Die Hirnforschung erklärt zudem, warum sich umgekehrt die Wissenschaft von der Praxis informieren lassen sollte. Das rationale Bewusstsein weiß nur einen Teil dessen, was wir wissen: Gefühle spielen in Lernprozessen eine wichtige Rolle und haben wesentlichen Einfluss auf unsere Entscheidungen (Damasio 1994). Diese Gefühle stehen in Zusammenhang mit unbewussten Lernprozessen, die der Mensch im täglichen Erleben durchläuft. Und diese unbewussten Lernprozesse beeinflussen natürlich auch Erkenntnis. „*Die strukturelle Kopplung von psychischem System und Bewusstseinsystem ist Voraussetzung der Erkenntnis; beides fließt unabhängig voneinander in die Kommunikation ein*“ (Fischer-Lescano 2013: 78). Eine interdisziplinäre Wissenschaft, die diese Erkenntnis ernst nimmt, kann und darf sich auf die Praxis und das dort erfahrene Wissen beziehen, denn Erkenntnis wird eben auch durch das Erleben ermöglicht. Als Filter für die Rezeption systemischer Konzepte oder Modelle aus der Praxis in die Wissenschaft hinein bietet sich natürlich ebenfalls der Code *erkenntnisgenerierend / nicht erkenntnisgenerierend* an.

Folgende Grundbegriffe und Konzepte der Systemtheorie sind für die vorliegende Arbeit von Bedeutung: Kommunikation und Code, der Unterschied von Funktions-, Organisations- und Interaktionssystemen und der Begriff der Beobachtung. Ich möchte diese Begriffe deshalb vorab erläutern. Dann werde ich auf die Begriffe Konflikt, Konflikttransformation und Staat eingehen.

---

<sup>2</sup> Nach meiner Erfahrung bedienen sich Praktiker und Praktikerinnen bei den unterschiedlichsten Disziplinen. Senge u. a. zählen elf verschiedene Bereiche auf, aus denen sie Erkenntnisse für ihr Buch über Lernprozesse in Organisationen gezogen haben, darunter Quantenphysik, Ökologie und Dialog (Senge, Kleiner u. a. 1999: 31). Das Auswahlkriterium wird nicht explizit benannt, ich kann deswegen nur vermuten, dass auch hier das Kriterium der Nützlichkeit für das konkrete Anliegen (Lernprozesse in Organisationen) ausschlaggebend war.

## 2.2. Kommunikation und Code

Das Kernelement der Theorie sozialer Systeme sind Kommunikationen (Kneer und Nassehi 1993: 65). Soziale Systeme entstehen durch und bestehen aus Kommunikationen. Kommunikation geschieht in drei Schritten: Der erste Schritt ist die Auswahl einer Information (Sinnselektion), dann folgt deren Mitteilung und im dritten Schritt deren Verstehen (Luhmann 1997: 72). Kommunikation liegt also nie in der Hand eines einzelnen Beteiligten, es müssen stets mindestens zwei daran beteiligt sein. Zwei *was?* ist die Frage, die sich als nächste stellt: Luhmann ging davon aus, das Bewusstsein des Menschen sei ein operativ geschlossenes System, weshalb er es deutlich von den anderen biologischen Systemen des menschlichen Körpers abgrenzte. Infolge dessen sprach er von *Bewusstseinssystemen* (Luhmann 1995b: 29) statt von Menschen, wann immer von den Impulsgebern und Impulsgeberinnen der Kommunikation die Rede war. Fischer-Lescano weist meines Erachtens zu Recht darauf hin, dass das Bewusstsein zwar operativ geschlossen ist, aber strukturell gekoppelt mit dem biologischen Körper: „*Der Mensch ist die Einheit der Differenz von Bewusstseinssystem und Körper ...*“ (Fischer-Lescano 2013: 14) und dies ermöglicht, dass auch nicht rationale Elemente Eingang in die Kommunikation erhalten. Aus der Hirnforschung wissen wir zudem, dass das Bewusstsein nicht nur ganz allgemein auf den Stoffwechsel des Körpers angewiesen ist, sondern dass das Fühlen das Denken auf spezifische Weise beeinflusst (Damasio 1994). Deshalb halte ich es für zulässig, von *Menschen* zu sprechen, die an der Kommunikation teilnehmen, auch wenn diese Menschen genau genommen aus einer Vielzahl von Systemen bestehen.

Luhmanns Theorie sozialer Systeme fokussiert vor allem auf die Funktionssysteme der Gesellschaft, wie das Rechtssystem, das politische System, das Wissenschaftssystem und andere. Die Kommunikation von Funktionssystemen folgt nach Luhmann stets einem binären Code, in dessen Zentrum ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium steht (Luhmann 1997: 316 ff.). Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien sind beispielsweise politische Macht, Recht und Wahrheit. Binär ist der Code, weil jedem Kommunikationsmedium stets ein positiver oder ein negativer Wert zugeordnet werden kann, so unterscheidet das Rechtssystem im Code Recht / Unrecht (Luhmann 1993: 165 ff.). Eine dritte Option ist im binären Code ausgeschlossen.

Die großen sozialen Systeme wie das Politik-, das Rechts- oder das Wissenschaftssystem der heutigen europäischen Gesellschaften sind auf den binären Code angewiesen, weil er das Potential für Missverständnisse in dem Dreischritt Informationsauswahl, Mitteilung und Verstehen reduziert und damit effiziente Entscheidungsfindungsprozesse unter Abwesenden ermöglicht. Mithilfe des Codes wird die Komplexität von Lebenssachverhalten reduziert (Kneer und Nassehi 1993: 40); gleichzeitig können aber Erwägungen und Umstände, die nicht mit dem Code des Systems zu erfassen sind, im System keine Bedeutung mehr erlangen.

Es handelt sich bei der Systemtheorie nach Luhmann um eine konstruktivistische Erkenntnistheorie: Alles was wahrgenommen werden kann, beruht auf Unterscheidung, ist also eine Konstruktion des Systems, das die Beobachtung vornimmt (Bonacker 2008: 271).

### 2.3. Funktions-, Organisations- und Interaktionssysteme

Da das System Recht, bei dessen Beispiel ich hier bleiben möchte, aus Kommunikation besteht, gehört jegliche Kommunikation im Code Recht / Unrecht zum Funktionssystem Recht, unabhängig von der Identität der beteiligten Menschen. Nicht nur durch Urteile und anwaltliche Schriftsätze konstituiert sich das Funktionssystem Recht, sondern auch durch Diskussionen von Menschenrechtsgruppen oder Schulhofstreitigkeiten, wenn diese dem Code Recht / Unrecht folgen. Neben den Funktionssystemen gibt es jedoch auch Organisationssysteme und Interaktionssysteme (Bonacker 2008: 268 f.).

Organisationen kommunizieren in der Regel Entscheidungen (Luhmann 1997: 837). Sie sind damit integraler Bestandteil der Funktionssysteme, aber nicht mit ihnen identisch. Zum Funktionssystem Recht gehören alle Kommunikationen, die dem Code Recht / Unrecht folgen, egal in welchem Kontext und mit welchen Beteiligten. Das Organisationssystem Recht hingegen besteht aus dem formellen Rechtssystem mit seinen verschiedenen Institutionen und Instanzen.

Das Kommunikationsmedium Macht findet sich Luhmann zufolge in verschiedenen gesellschaftlichen Instanzen wieder, sie ist nicht auf das politische System beschränkt. Das politische System verwaltet vielmehr die spezifische *politische Macht*. Luhmann beschreibt die politische Macht als eine rechtlich codierte Macht, die „ihre eigenen Zwangsmittel nur in Anspruch nehmen kann, wenn sie im Recht ist, und sogar das Recht selbst nur ändern kann, wenn dies nach den Bedingungen geschieht, die im Rechtssystem dafür aufgestellt sind. [...] Erst über diese selbstreferentielle Verrechtlichung der Macht wird auch das politische Medium der Macht zu einem sich selbst einschließenden Medium der Weltkonstruktion [...]“ (Luhmann 1997: 357, Hervorhebung im Original).

Außerhalb der Politik findet sich Macht unter anderem in jeder Form von Organisation (Luhmann 1972: 108). Mit Hilfe des Machtmittels Organisation lassen sich sehr viel mehr (verschiedene) Handlungen erzwingen als mit Gewalt. Luhmann illustriert dies mit dem Beispiel des Arbeiters, der Stunde um Stunde die gleichen Löcher bohrt und des Professors, der in belanglosen und folgenlosen Sitzungen Protokoll schreibt und konkludiert: „Nicht einmal Terror ist eine gleichwertige Alternative für Organisation“ (Luhmann 1972: 109).

Gesellschaftliche Macht ist also nur zum Teil im politischen System verortet. Die Programme der verschiedenen Gesellschaftssysteme die z. B. über Wahrheit / Unwahrheit (Wissenschaft) oder Recht / Unrecht entscheiden, werden in der Regel von Organisationen (Universitäten, formelles Justizsystem, etc.) angewandt, in denen es Machtquellen und Machtverhältnisse gibt. Über Organisationssysteme werden größere gesellschaftliche Systeme möglich, sie erzwingen spezielle Handlungsabläufe, mit denen ansonsten nicht zu rechnen wäre, und machen sie damit allgemein berechenbar (Kneer und Nassehi 1993: 43).

Im Unterschied dazu findet Interaktion unter Anwesenheit von Menschen statt. Das Interaktionssystem ist nicht an symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien gebunden, das Thema der Kommunikation kann frei gewählt werden und sich auch

jederzeit ändern. Eine wichtige Konsequenz daraus ist, dass sie auch nicht auf einen binären ja-nein-Code reduziert ist.

#### 2.4. Beobachtung

Wenn das Bewusstsein ein operativ geschlossenes System ist und soziale Systeme durch Kommunikation entstehen, dann betrifft eine Kommunikation zwischen zwei Menschen also mindestens drei Systeme: die beiden Bewusstseinssysteme bzw. Menschen, die Mitteilungen abgeben bzw. verstehen, und das soziale System, das sich aus dieser Kommunikation speist. Alle drei Systeme sind füreinander unzugänglich und sie folgen ihrer eigenen Systemlogik (Kneer und Nassehi 1993: 62 f.).

Die Kommunikation konstituiert das soziale System, wie wir oben gesehen haben, und der Code der Kommunikation erzeugt die Differenz zwischen System und Umwelt. Das bedeutet, dass der Mensch nicht etwa per se zu einem bestimmten System gehört, sondern dass er je nach Sinn der Kommunikation, an der er teilnimmt, temporär an ein bestimmtes System anschließt. Entscheidend ist jeweils der Sinn bzw. der Code der Kommunikation. Diese Sinnhorizonte sind ein essentielles Merkmal jedes Funktionssystems: Um sich von ihrer Umwelt abzugrenzen, benutzen die Funktionssysteme die oben erwähnten symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien.

Das Rechtssystem konstituiert sich also durch die Unterscheidung Recht / Unrecht (Luhmann 1993: 60) und es ist dabei operativ geschlossen, das heißt es hat seine Realität „*ausschließlich in den Operationen, die den rechtsspezifischen Sinn produzieren und reproduzieren*“ (Luhmann 1993: 41). Diese Operationen werden auch Beobachtungen genannt. Was aber beobachtet das Rechtssystem? Seine Umwelt. Die operative Geschlossenheit darf nicht als Isolation missverstanden werden. Interdependenzen zwischen System und Umwelt sind für das System strukturell notwendig (Luhmann 1993: 43 f.). Die Umwelt des Systems besteht nicht etwa aus allem, was nicht System ist, sondern aus allem, „*was das System als Umwelt wahrnimmt, also alles, was für das System interessant erscheint*“ (Bonacker 2008: 270). Soziale Systeme sind operativ geschlossen, aber kognitiv offen, das heißt, sie können externe Fakten nur aufgrund von Beobachtung als intern erzeugte Information wahrnehmen (Kneer und Nassehi 1993: 98).

Soziale Systeme, deren Operationen aus Kommunikationen bestehen, beobachten anhand dieser Kommunikation. Beobachtung ist der gleichzeitige Vorgang von Unterscheiden und Bezeichnen. Das System, das einen Aspekt seiner Umwelt beobachtet, unterscheidet damit gleichzeitig zwischen sich und dieser Umwelt. Es nimmt Bezug auf sich selbst (Selbstreferenz) und auf die Umwelt (Fremdreferenz) (Kneer und Nassehi 1993: 99).

Das System kann sich jedoch auch selbst beobachten. Und zwar in Form einer Beobachtung zweiter Ordnung: „*Jede Beobachtung benutzt die eigene Unterscheidung als ihren blinden Fleck. Für die Beobachtung ist es unmöglich, die Unterscheidung, die sie verwendet, zu beobachten*“ (Kneer und Nassehi 1993: 100). Erst im Anschluss an eine Unterscheidung wie Recht / Unrecht kann das System mittels einer Selbstbeobachtung, d. h. einer Beobachtung zweiter Ordnung, erkennen, in welcher Kategorie es soeben kommuniziert hat, und es kann diese hinterfragen. So kann beispielsweise auch offenbar werden, dass

verschiedene Beteiligte in unterschiedlichen Kategorien kommuniziert haben und ihr Verstehen der Mitteilung des Anderen dadurch möglicherweise geprägt war. Die Deutung, die ein Sachverhalt erfährt, hängt wesentlich davon ab, mit welcher Unterscheidung er beobachtet wird. Watzlawick beschreibt, wie angenommene Definitionen von Wirklichkeit Menschen oft vor ausweglose Situationen stellen, in denen nur Pseudo-Lösungen möglich sind, und schlägt vor, mittels der Umdeutung des Problems, also der Anwendung einer neuen Unterscheidung, neue Lösungsmöglichkeiten zu eröffnen (Watzlawick 1974: 122). Watzlawick spricht in diesem Zusammenhang von Lösungen zweiter Ordnung (Watzlawick 1974: 99).

Auf dem Weg der Beobachtung zweiter Ordnung ist es also möglich, dass das System sich der vorher vorgenommenen Unterscheidung bewusst wird und sie in Frage stellt. Dies macht es möglich, dass ein Bewusstsein über vorangegangene Entscheidungen reflektiert oder in einem sozialen System darüber kommuniziert wird, *wie* soeben kommuniziert wurde.

Zudem möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass nach Watzlawick *jede* Kommunikation einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt hat (Watzlawick, Beavin u. a. 1967: 51 ff.). Das bedeutet, dass auch die Kommunikation der Organisationssysteme diese beiden Aspekte aufweist. In einem zivilrichterlichen Urteil liegt neben der sachbezogenen Kommunikation Recht oder Unrecht stets auch eine Mitteilung über die Beziehung des Gerichts zu den Parteien, nämlich in der Regel die Mitteilung, dass das Gericht die Macht hat, über die Anliegen der Parteien zu entscheiden, was diese durch Anrufung des Gerichts bestätigt haben.

Auf dem von Watzlawick und anderen formulierten Axiom, dass jede Kommunikation einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt hat (Watzlawick, Beavin u. a. 1967: 51 ff.), hat Schulz von Thun das Modell von den vier Seiten einer Nachricht entwickelt (Schulz von Thun 1981: 13 f.), in dem die Metakommunikation<sup>3</sup> noch in weitere Elemente unterteilt wird (Selbstoffenbarung, Beziehung und Appell). Zusätzlich zu den drei verschiedenen Systemtypen (Funktionssystem, Organisationssystem und Interaktionssystem) lassen sich also auch noch drei verschiedene Formen der Beobachtung unterscheiden: (Fremd-) Beobachtung, Selbstbeobachtung (bzw. Beobachtung zweiter Ordnung) und Metakommunikation.

## 2.5. Konflikte und Konfliktsysteme

Luhmann definierte Konflikte als kommunizierte Widersprüche innerhalb eines Systems: „*Ein Konflikt ist die operative Verselbständigung eines Widerspruchs durch Kommunikation.*“

---

<sup>3</sup> Der Begriff Metakommunikation wird unterschiedlich benutzt und die Mehrdeutigkeit geht bereits auf Watzlawick u. a. zurück: „*Every communication has a content and a relationship aspect such that the latter classifies the former and is therefore a metacommunication*“ (Watzlawick, Beavin u. a. 1967: 54). Hier wird auf den mitlaufenden Beziehungsaspekt abgestellt. Gleichzeitig wird der Beziehungsaspekt als „*a communication about a communication*“ (Watzlawick, Beavin u. a. 1967: 53) beschrieben, was eine Selbstbeobachtung oder Beobachtung zweiter Ordnung nahe legt. Aus hiesiger Perspektive ist die Metakommunikation die stets mitlaufende Kommunikation über Beziehung bzw. die Aspekte Selbstoffenbarung, Beziehung und Appell nach Schulz von Thun und nicht identisch mit der Selbstbeobachtung oder Beobachtung zweiter Ordnung, in der Kommunikation rückblickend analysiert wird.

*Ein Konflikt liegt also nur dann vor, wenn Erwartungen kommuniziert werden und das Nichtakzeptieren der Kommunikation rückkommuniziert wird“* (Luhmann 1991: 530). Bei Widersprüchen im System, wie zum Beispiel bei einem Rechtsstreit, kommunizieren alle Beteiligten im gleichen Modus (Recht / Unrecht) und widersprechen nur dem jeweiligen Wert (Unrecht), der ihnen von anderer Seite zugestanden wird. Der Widerspruch ist als Möglichkeit im System also schon immer vorhanden. Konflikte können sich jedoch auch ergeben, wenn die Beteiligten in unterschiedlichen Kategorien kommunizieren, wenn es beispielsweise einer Seite um das Recht und der anderen um Anerkennung und Wertschätzung geht. Solche Konflikte werden erst durch Beobachtung zweiter Ordnung überhaupt sichtbar.

Hier möchte ich zunächst Luhmanns Konfliktdefinition vertiefen und zwar mit der Untersuchung von Messmer (Messmer 2003). Messmer legt in seiner Untersuchung zum Konflikt als System dar, dass ein Unterschied zwischen sporadischem Widerspruch und Konflikt<sub>system</sub> besteht. Sporadische Widersprüche können sich ohne Weiteres selbst auflösen. Erst wenn sich in einem Widerspruch zwischen den Parteien der binäre Code Nicht-Nachgeben / Nachgeben etabliert, entsteht ein Konflikt<sub>system</sub> (Messmer 2003: 300). Das Konflikt<sub>system</sub> als selbstreferentielles, autopoietisches<sup>4</sup> System reproduziert sich selbst und löst sich nicht mehr ohne Weiteres auf. Das Insistieren auf dem jeweiligen Standpunkt und die Durchsetzungsabsicht auf beiden Seiten erhalten das System am Leben (Messmer 2003: 299). Diese Durchsetzungsabsicht kommt in dem binären Code Nicht-Nachgeben / Nachgeben zum Tragen, unabhängig davon, worum es bei dem Konflikt inhaltlich geht.

Wie kommt es jedoch dazu, dass ein simpler Widerspruch sich derart verhärtet? Um diesen Prozess zu erläutern, unterscheidet Messmer zwischen Sachkonflikten und Beziehungskonflikten. Ein Sachkonflikt hat einen rationalen Charakter, hat ein klar umrissenes Thema und wird mit Argumenten und Begründungen geführt, die sich um Stichhaltigkeit und Überzeugungskraft in den Augen der anderen Person bemühen (Messmer 2003: 180 f.). Aufgrund dieser Fremdreferenz, also dem Wunsch, die andere Person zu überzeugen, wird die Identität der anderen Person grundsätzlich anerkannt und es werden formelle Regeln des verbalen Austausches eingehalten.

Anders verhält es sich bei Beziehungskonflikten: In Beziehungskonflikten sind die Mitteilungen eher selbstreferent, die Anschuldigung an das Gegenüber steht im Vordergrund und nicht mehr der Wunsch, ihn oder sie zu überzeugen (Messmer 2003: 222). Die Unhaltbarkeit der Beziehung wird kommuniziert und dem Gegenüber zur Last gelegt. Diese gegenseitige Verantwortungsattribution wird zur wesentlichen Ressource für die Fortführung des Konflikts (Messmer 2003: 223). Sie stimuliert maßgeblich die Einstellung, nicht nachgeben zu wollen bzw. das Nachgeben des Anderen erzwingen zu wollen, und führt damit zur Entstehung des sich selbst reproduzierenden Konflikt<sub>systems</sub>. Um in solchen Konfliktsystemen eine konstruktive Lösung zu ermöglichen, müssen sie

---

<sup>4</sup> Der Begriff der Autopoiese bezeichnet die Fähigkeit des Systems, sich selbst zu erschaffen und sich selbst zu reproduzieren: „*Autopoietische Systeme sind auf die Fortsetzung der sie schaffenden Prozesse angelegt. Bei sozialen Systemen heißt das: Ihre Spielregeln sorgen dafür, dass die sie charakterisierenden Kommunikationen fortgeführt werden [...]*“ (Simon 2010: 28).

zunächst zurück auf die Sachebene geführt werden. Im Zustand von Nicht-Nachgeben / Nachgeben würde der Konflikt selbst dann nicht enden, wenn der konkrete Anlass des Streits sich durch höhere Gewalt von selbst erledigte. Die Parteien können nahtlos über das Verhalten des oder der Anderen weiter streiten und sich langfristig vielfältige neue Konfliktthemen erschließen.

## 2.6. *Konflikttransformation*

Ein systemtheoretisches Verständnis von Konflikttransformation muss auf dem eben erarbeiteten Konfliktbegriff aufbauen: Ein Konfliktsystem etabliert sich, wenn ein Widerspruch erfolgt und sich zwischen den Parteien der binäre Code Nicht-Nachgeben / Nachgeben etabliert (Messmer 2003: 300). Ein Umstand, der diese Entwicklung befördert, ist die Verlagerung des Konflikts von der Sach- auf die Beziehungsebene durch gegenseitige Verantwortungsattribution (Messmer 2003: 223).

Damit spielt der Begriff der Verantwortungsattribution eine zentrale Rolle für die Entstehung des Konfliktes. Wie wird Verantwortungsattribution sozial konstruiert? Durch explizite oder implizite Anschuldigung (Messmer 2003: 192). Messmer zitiert eine Reihe von Quellen, die belegen, dass die bevorzugte Antwort auf eine Schuldzuweisung deren Ablehnung ist. *„Jede Anschuldigung, die nicht unmittelbar auf Ablehnung stößt, lässt dementsprechend auf ein Schuldeingeständnis schließen“* (Messmer 2003: 193). Damit wird die Schuldzuweisung oder deren Ablehnung zum Thema der Kommunikation: Die Antwort kann defensiv ausfallen, beispielsweise in Form einer Entschuldigung oder einer Umdeutung des behaupteten Übels (Messmer 2003: 202 ff.) oder offensiv in Form der Zurückverweisung der Verantwortung an die andere Konfliktpartei oder andere Konfliktbeteiligte. *„Mit der Gegenanschuldigung wird eine Reaktionssymmetrie etabliert, die den Konflikt auf der Ebene der Anschuldigungskommunikation mitunter drastisch verstärkt“* (Messmer 2003: 206). Sobald sich Anschuldigungskommunikation etabliert, bezieht diese ihre Themen zusehends aus dem Konfliktverlauf selbst: *„Der Widerspruch gewinnt damit seine Themen zusehends mehr aus dem Prozess der Widerspruchskommunikation selber, schöpft also sein Steigerungspotential aus der ihm eigenen kommunikativen Dynamik“* (Messmer 2003: 209, Hervorhebung im Original). Die Konfliktbeziehung kann sich bis zum Beziehungskonflikt verdichten, in dem die Person des oder der Anderen und sein bzw. ihr Verhalten zum Hauptproblem wird.

Eine ähnliche Dynamik der Konstruktion von Konflikten zwischen sozialen Gruppen oder Staaten beschreiben Bonacker u. a. auf Basis der *Securitisation Theory*. Diese Theorie beschreibt den Mechanismus der Eskalation von Konflikten durch die Behauptung existenzbedrohender Gefahren. Zunächst wird von einer Seite die Behauptung einer existenzbedrohenden Gefahr für die eigene Sicherheit (die von der gegnerischen Seite ausgeht) aufgestellt, zusammen mit dem Ruf nach außergewöhnlichen Maßnahmen. Dies wird gefolgt von Notstands-Maßnahmen, die die normalerweise geltenden Regeln des Zusammenlebens außer Kraft setzen, was die Eskalation des Konflikts bewirkt (Gromes und Bonacker 2007: 3). Voraussetzung für diese Konflikt-Dynamik ist jedoch nicht nur die Behauptung einer Gefahr für die eigene Sicherheit (*securitizing move*) durch eine Seite, es bedarf auch der Akzeptanz der Behauptung durch das Publikum, denn Sicherheit ist nicht objektiv bestimmbar, sondern wird durch intersubjektive Praxis definiert. In diesem Sinne wird der Feind dadurch zum Feind, dass wir ihn als solchen benennen und behandeln. Im

Gegenzug können tatsächliche Existenzbedrohungen unerkannt bleiben, weil sie nicht benannt werden (Gromes und Bonacker 2007: 6).

Bedrohung wird also sozial bzw. kommunikativ konstruiert: „*In general terms, securitization is nothing more than threat communication, whereby an observer distinguishes himself (through his own identity) and perceives himself as being threatened by something. [...] The observer creates a personal threat by means of communication. In Luhmann's terms, a system is created when others join in this communicated observation*” (Bernshausen und Bonacker 2011: 27).

Diese beiden Erklärungsmodelle über die Entstehung von Konfliktsystemen ergänzen sich aus meiner Sicht; Messmer bezeichnet die Drohkommunikation als eine Steigerung der Anschuldigungskommunikation, die den Fokus auf die Zukunft legt (Messmer 2003: 241).

Beide Erklärungsansätze stimmen darin überein, dass sie die Entstehung des Konfliktsystems als Ergebnis einer sozialen Konstruktion beschreiben. Ich denke, dies ist der wesentliche Beitrag der Systemtheorie zur Konfliktforschung: Konfliktsysteme entstehen durch Kommunikation. Deshalb muss der Fokus von Konfliktanalyse nicht so sehr auf der Analyse einzelner Konfliktgründe liegen als auf einer Analyse der Beobachtungen und Kommunikationen, durch die der Konflikt entsteht, d. h. der Dynamik der sozialen Konstruktion des Konflikts (Bernshausen und Bonacker 2011: 26).

Daraus folgt eine Reihe von Konsequenzen für den Begriff der systemischen Konflikttransformation: Wenn die Analyse einzelner Konfliktgründe nicht die Hauptaufgabe darstellt, sondern das Augenmerk auf der Dynamik der sozialen Konstruktion liegt, dann liegt das Ziel der systemischen Konflikttransformation auch nicht in erster Linie in der Lösung von spezifischen sachbezogenen Konfliktthemen, sondern in einer Veränderung der sozialen Beziehungen, die es möglich macht, dass die Konfliktparteien die Bedrohungs- oder Anschuldigungskommunikation reflektieren, hinterfragen und ihre eigene Rolle bei der sozialen Konstruktion des Konflikts wahrnehmen, um sie gegebenenfalls ändern zu können. Das impliziert Beobachtung zweiter Ordnung. Gegenstand dieser Selbstreflexion ist nicht nur der Konflikt, sondern das Bewusstsein selbst und seine Funktionsweise.

Dabei ist das Individuum nicht das einzige Feld der Konflikttransformation. Individueller Wandel ist die notwendige Basis für sozialen Wandel,<sup>5</sup> sozialer Wandel impliziert Veränderung in den zwischenmenschlichen und kollektiven Praxen und ermöglicht so die Transformation von Konflikten. Rechtliche, ökonomische und andere Rahmenbedingungen spielen jedoch ebenfalls eine Rolle, da sie den Wandel begünstigen oder erschweren können oder seine Nachhaltigkeit beeinflussen.

Die Transformation von sozialen Konflikten muss deshalb vier Felder einbeziehen: die persönliche Transformation, die Transformation der interpersonellen Beziehungen,

---

<sup>5</sup> Die Herausgeber und Herausgeberinnen des Bandes „*Social Change and Conflict Transformation*“ gehen davon aus, dass im Rahmen von Konflikttransformation sowohl die soziale als auch die individuelle Ebene bearbeitet werden müssen, es sei jedoch nicht immer klar, wie der Transfer zwischen beiden funktioniert (Bloomfield, Fischer u. a. 2006: 10). Mitchell weist zudem darauf hin, dass soziale Veränderung oft auch konfliktauflösend wirken kann (Mitchell 2006: 14 f.).

die Transformation der kollektiven Muster und die Transformation von Gesellschaftsstrukturen (Wilber adaptiert von Retolaza Eiguren 2010: 7). Die Reihenfolge der Schritte ist dabei nebensächlich, es ist ebenso möglich, bei der Änderung der Strukturen zu beginnen wie bei der individuellen Transformation. Entscheidend ist, dass die Transformation alle vier Felder erfasst.

### 2.6.1. *Attractor dynamics und Muster im Bewusstsein*

Es geht bei der Konflikttransformation also um eine Veränderung der sozialen Beziehungen, die es möglich macht, dass die Konfliktparteien die Bedrohungs- oder Anschuldigungskommunikation reflektieren, hinterfragen und ihre eigene Rolle bei der sozialen Konstruktion des Konflikts wahrnehmen, um sie ggf. ändern zu können. Was reflektiert und gegebenenfalls verändert werden muss, sind damit die Muster im Bewusstsein, die den unreflektierten<sup>6</sup> Anschluss an die Kommunikation Nicht-Nachgeben / Nachgeben bewirken. Was aber sind Muster und wie entstehen sie?

Systeme sind autopoietisch, das heißt, sie reproduzieren sich selbst (Simon 2010: 28). Was sich im sozialen System reproduziert, ist der Dreiklang aus Sinnauswahl, Mitteilung und Verstehen (Luhmann 1997: 72) im Code des Systems. Zwei dieser Elemente, die Sinnauswahl und das Verstehen finden im menschlichen Bewusstsein statt. Aus der Konfliktforschung kommt die Erkenntnis, dass die Fähigkeit sozialer Systeme zur Selbstreproduktion mit Strukturbildung in den beteiligten Bewusstseinssystemen zusammenhängt.

Johan Galtung weist darauf hin, dass das menschliche Verhalten im Konflikt oft auf tieferliegenden kulturellen oder Verhaltensmustern beruht und identifiziert mehrere solcher Muster: das CGT-Syndrom (*Chosenness, Glory, Trauma*), das aus einer Vorstellung vom auserwählten Volk mit ruhmreicher Vergangenheit oder Zukunft besteht, das unter vielfältiger Verletzung leidet (Galtung 2004: 151 f.) oder das DMA-Syndrom von Dualismus, Manichäismus und Armageddon, demzufolge zwei Seiten existieren, eine gute und eine böse, die sich gegenseitig ausschließen und deren Konflikt nur in der Endschlacht Armageddon enden kann (Galtung 2004: 154). Galtung bezieht sich nicht auf die Systemtheorie, aber es gibt aus der Praxis der systemischen Konflikttransformation ebenfalls Ansätze, die die Wirkungsweise von Mustern bzw. mentalen Modellen im System beschreiben (z. B. Coleman, Vallacher u. a. 2011). Bezogen wird hier auf Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Komplexitätsforschung, wie sie beispielsweise Schuster dargelegt hat (Schuster und Just 2005).

Während der Code des (sozialen) Systems in der Unterscheidung oder Sinnzuweisung besteht, die das System trifft und durch die es definiert wird, sind die *Muster* (in den Bewusstseinssystemen) diejenigen Umstände, die zu dieser Sinnauswahl führen. Coleman, Vallacher u. a. sprechen im Zusammenhang der Muster von *attractor dynamics*. Demnach stabilisiert sich beispielsweise ein Konfliktsystem, wenn stabile Denk- und

---

<sup>6</sup> Es kann im Einzelfall aus strategischen Gründen nützlich sein, auf Positionen zu beharren, zum Beispiel wenn es darum geht, die Bedingungen für eine bestimmte Art von Auseinandersetzung überhaupt erst einmal zu schaffen. Dies wäre dann aber das Ergebnis von Analyse und bewusster Entscheidung. Ich meine hier die Muster, die einen reflexhaften, unbewussten Anschluss an Konfliktsysteme konditionieren.

Verhaltensmuster entstehen, die sich auf die wahrgenommenen Unvereinbarkeiten beziehen und diese perpetuieren (Coleman, Vallacher u. a. 2011): „*These patterns function as attractors (Schuster 1984) for the system of thought and behaviour, in that they constrain or 'attract' the mental and behavioural dynamics of each party to the conflict*“ (Coleman, Vallacher u. a. 2011: 42, Anführungszeichen im Original).

Die Muster, die den Konflikt stützen, sind auf Vereinfachung angelegt: Die Dauerhaftigkeit des Konflikts steht in direktem Zusammenhang mit der Reduktion von Komplexität (Coleman, Vallacher u. a. 2011: 43 f.): In einer komplexen Beziehung sind vermittelnde Lösungen möglich, bei denen jede Seite in einzelnen Punkten gewinnt oder verliert. In dem Maße, wie sich die Komplexität reduziert, werden alle Themen miteinander verbunden und das Anschneiden eines Themas aktiviert alle anderen Themen sowie vergangene Provokationen und Verletzungen mit, so dass es ungleich schwerer ist, eine Lösung zu finden. Auf diese Weise entstehen im sozialen System *feedback loops*, in denen sich die verschiedenen Themen und Ereignisse gegenseitig verstärken und die Interpretation aller Ereignisse der Konfliktlogik folgt, was wiederum die entsprechenden Denk- und Verhaltensmuster erneuert. In ähnlicher Weise beschreibt auch Ropers Denkmodelle (*mental models*) als „*those interpretations and beliefs which motivate and drive actors to prefer certain courses of action...*“ (Ropers 2008: 8).

Der explizite Verweis auf Schuster in dem zuvor zitierten Abschnitt macht aus meiner Sicht einen Exkurs in die Komplexitätsforschung notwendig: Woher stammt die Vorstellung von *attractors*? Eine ausdrückliche Erklärung findet sich beispielsweise bei Klüver: „... *if one observes the trajectories of non-linear systems in the state space, the following effect can occur: for a certain time, the trajectory seems to proceed completely irregularly; after a while, however, it turns out that the trajectory does not leave a particular area of the state space (or does so only rarely) and 'narrows' to one point in it. One could say that this point 'attracts' the trajectory. Such a point of attraction, which holds the trajectory close to itself for the remaining course of the system is called a (point) attractor of that system (or of its trajectory, to be more precise)*“ (Klüver 2000: 26, Anführungszeichen im Original). Die Vorstellung von *attractors* beruht also auf der Beobachtung aus der Physik, dass sich komplexe Systeme stabilisieren, wenn sie sich ihr Verlauf um einen oder mehrere Anziehungspunkte herum einpendelt.

Die berechtigte Frage, die der Verweis auf die Komplexitätsforschung mit sich bringt, ist jedoch, was das alles mit (Rechts-) Soziologie zu tun hat. Ein Blick auf Klüvers Werk erhellt, dass sein Anliegen darin besteht, die Soziologie mathematisch berechenbar zu machen (*mathematical sociology*). Er steht mit diesem Ansatz nicht allein; einen Überblick über die verschiedenen Versuche, die Chaos- oder Komplexitätsforschung für die Soziologie nutzbar zu machen, bieten Castellani und Hafferty (Castellani und Hafferty 2009). Sie kommen unter Rückgriff auf die Komplexitätsforschung ebenfalls zu dem Schluss, dass soziale Systeme dazu neigen, sich durch *attractors* selbst zu limitieren: „*These limitations tend to emerge in the form of dominant attractor points around which the majority of minor expressions cluster. This 'limitation in expression' is another defining feature of a social system, [...]. While social practices can couple to form a potentially limitless number of solutions, these different ways of 'practicing' a social system tend to constantly organize and settle down into a smaller network of attractor points (solutions)*“ (Castellani und Hafferty 2009: 59 f., Anführungszeichen im Original).

Als interdisziplinäre Theorie ist es ein Privileg systemtheoretischer Ansätze diese Art von Brückenbau zu betreiben. Ich möchte den eben zitierten Autoren auf ihrem Weg dennoch nicht folgen und stattdessen die Idee des Musters auf dem Luhmannschen Denken und systemischer Beratungspraxis begründen: Denn der Begriff des Musters kommt nicht nur aus der Komplexitätsforschung in die Systemtheorie. Luhmann hat ebenfalls erkannt, dass im menschlichen Bewusstsein strukturbildende Muster entstehen: Das menschliche Bewusstsein kann sich selbst zum Gegenstand seiner Beobachtung machen, es verfügt über eine Selbsterfahrung und es kann sich selbst intendieren, das heißt sich zu einer Identität verdichten (Luhmann 1995b: 69). Diese Identität hilft dem Bewusstsein, in der Eile aus den unendlichen Möglichkeiten Entscheidungen zu treffen, denn sie limitiert gleichzeitig die Möglichkeiten des Bewusstseins. Das bedeutet, dass vorangegangene Beobachtung sich zu einer Erfahrung verdichtet, die, gepaart mit Selbstintendierung, eine Identität wird und die Freiheit des Bewusstseins limitiert (ebenda).

Luhmann erklärt diesen Vorgang am Beispiel eines zufälligen Hundebisses. Das Bewusstsein leitet aus dem Ereignis nicht nur ab, dass Hunde gelegentlich beißen, sondern auch, dass es Angst vor Hunden hat. Deshalb begibt sich der gebissene Mensch in der Folge nicht mehr in die Nähe von Hunden, was ihm die Möglichkeit nimmt, weitere Lernerfahrungen mit Hunden zu machen (Luhmann 1995b: 77 f.). Das autopoietische System Bewusstsein übernimmt nicht einfach Bewusstseins Elemente aus der Umwelt in Form einer Anweisung oder durch Nachahmung, Lernen ist vielmehr eine „*Änderung einer strukturellen Spezifikation, mit der das System seine Autopoiesis handhabt*“ (Luhmann 1995b: 76). Diese Strukturen kann nur das System selbst bilden und ändern, und zwar durch Selbstbeobachtung. Bewährte Erwartungen spielen hierbei eine wichtige Rolle: Das positive Feedback der erfüllten Erwartung bestätigt diese für die Zukunft. So bringt das Bewusstsein Ordnung in zufällige Ereignisse und zieht Konsequenzen, die der weiteren Bestärkung dieser Strukturen dienen. Positives Feedback kann die getroffene Wahl für die Zukunft bestärken und zu einer Struktur werden lassen, wobei es möglich ist, dass sich in unterschiedlichen Lebensbereichen unterschiedliche Optionen bewähren. So entwickelt sich eine individuelle Geschichte, die mit „*der Last ihrer Bewährungs radikale Änderungen erschwert*“ (Luhmann 1995b: 90).

Senge beschreibt diesen Vorgang noch detaillierter mit Hilfe der *Ladder of inference* (Senge, Kleiner u. a. 1994: 242 ff.). Das Modell beschreibt die Entstehung von Annahmen und Vorurteilen im menschlichen Bewusstsein in mehreren Schritten. Aus der Unmenge von Informationen und Erfahrungen, die das Bewusstsein registriert, wählt es sich einige aus, die es mit Bedeutung versieht. Auf Grundlage dieser Bedeutung werden Annahmen gebildet, die zu bestimmten Schlussfolgerungen führen, die wiederum das Weltbild formen. Die Form des Weltbilds bestimmt nicht nur die Handlungen der Person, sondern auch die künftige Auswahl von Daten aus der Vielzahl zur Verfügung stehender Informationen und Erfahrungen, was den Kreis zum ersten Schritt schließt. So entstehen die Denkmodelle, die ich hier *Muster* nenne.

Zwar hat Luhmann erkannt, dass das Bewusstsein Strukturen bildet, er hat auch erkannt, dass Bewusstseinsysteme im Zusammenspiel mit sozialen Systemen sozialisiert werden und sprach in diesem Zusammenhang von „*Interpenetration*“ (Luhmann 1995b: 51),

also von gegenseitiger Beeinflussung von sozialen Systemen und Bewusstseinsystemen. Die exakte Funktionsweise dieser Strukturbildung und den spezifischen Zusammenhang zwischen dieser Strukturbildung und der Reproduktion von sozialen Systemen haben jedoch die hier zitierten Praktikerinnen und Praktiker (vor allem Senge, Kleiner u. a. 1994; Coleman, Vallacher u. a. 2011) genauer herausgearbeitet.

Die Erkenntnis, dass der Anschluss an soziale Systeme Muster im Bewusstsein ausbildet, die wiederum den Anschluss an das System oder die Systeme nahelegen und sich Muster und System gegenseitig erhalten, ist der Schlüssel zum Begriff der Konflikttransformation. Sie ist erkenntnisgenerierend, im Sinne der in Abschnitt 2.1. aufgestellten Maßstäbe, und ich verwende sie deshalb.

Muster sind also Denk- und Verhaltensmodelle im Bewusstsein der Menschen, die eine besondere Rolle spielen: Sie fördern eine bestimmte Sinnauswahl, also den Anschluss an ein spezifisches System und stützen damit dieses System, gleichzeitig reproduziert das System wiederum das Denkmodell, so dass sich beide gegenseitig bedingen: Das Muster geht dem System einerseits voraus und wird andererseits durch das System erschaffen.

### 2.6.2. Gefühl, Emotion und Ratio

Menschliche Denk- und Verhaltensmodelle sind in der Regel unbewusst, sie können aber auf dem Wege der Selbstreflexion und Beobachtung zweiter Ordnung erkannt werden. Bis hierher habe ich Beobachtungen zweiter Ordnung als eine Beobachtung behandelt, die sich auf eine primäre Unterscheidung rationaler Natur bezieht. Diese Darstellung ist unterkomplex, weil sie die Rolle von Gefühl und Emotionen im menschlichen Denken nicht hinreichend berücksichtigt.

Erkenntnisse aus der Neurobiologie belegen, dass Gefühle, Emotionen und rationales Denken eng miteinander verwoben sind. Damasio unterscheidet die Emotion, als die nach außen sichtbare Manifestation eines Gefühls von dem Gefühl selbst, das dem fühlenden Organismus bewusst sein kann, aber nicht muss (Damasio 1999: Kap. 2).

Denk- und Entscheidungsprozesse finden oft unter Beteiligung von Gefühlen statt, die Damasio als *somatic markers* (Damasio 1994: 165 ff.) beschreibt. *Somatic markers* sind Ergebnis eines Lernprozesses. „*Those emotions and feelings have been connected, by learning, to predicted future outcomes of certain scenarios*“ (Damasio 1994: 174, Hervorhebung im Original). Die wiederholte Produktion negativer oder positiver Gefühle durch bestimmte Szenarien führt dazu, dass ein Auftauchen dieser Szenarien als Vorstellung im Hirn, beispielsweise beim Nachdenken über mögliche Konsequenzen einer Handlung, die fraglichen Gefühle auslöst, mit der gesamten darin implizierten Bio-Chemie.<sup>7</sup> Dies ist nur möglich, weil Körper und Bewusstsein gekoppelt sind. „*At the neural level somatic markers depend on learning within a system that can connect certain categories of entity or event with the enactment of a body state, pleasant or unpleasant*“ (Damasio 1994: 180). *Somatic markers* fungieren als Vorurteil. Sie eliminieren oder vorselektieren eine Reihe möglicher Optionen und

---

<sup>7</sup> Damasio unterscheidet genau genommen zwischen vom Körper ausgehenden Gefühlen und vom Denken provozierten Gefühlen (Damasio 1994: 155). Für die hiesige Argumentation ist dieser Unterschied aber nicht relevant. Wesentlich ist, dass die Vorstellung einer bestimmten Situation die durch sie provozierten Gefühle auslösen kann.

verringern damit die Auswahl von Optionen, die im rationalen Denkprozess bearbeitet werden (Damasio 1994: 199). Damasio illustriert dies am Beispiel eines Patienten, dessen Hirnfunktionen in einer Weise geschädigt sind, dass er nicht auf *somatic markers* zurückgreifen kann: Der Patient brilliert einerseits in Rationalität, indem er in vollständiger Gelassenheit in der eisglatten Kurve die rationale Option wählt, nicht zu bremsen, sondern nur den Fuß vom Gas zu nehmen. Obwohl er Sekunden davor den Unfall eines anderen Fahrzeugs beobachtet, wird seine rationale Wahl von keinerlei Gefühl beeinträchtigt. Der gleiche Patient erweist sich jedoch als unfähig, zwischen zwei zur Auswahl stehenden Terminen zu wählen. Eine halbe Stunde lang erwägt er die Vor- und Nachteile der beiden Termine, bis der Therapeut ihn erlöst und ihm einen Termin vorgibt (Damasio 1994: 192 ff.). Das Beispiel illustriert aus meiner Sicht in besonderem Maße, dass das Vorhandensein von *somatic markers* nicht per se als gut oder schlecht qualifiziert werden kann. Sie können zum Überleben in einer komplexen Welt vorteilhaft sein, weil sie schnelle Entscheidungen erlauben, sie können aber auch gefährlich sein, wenn sie die „falsche“ Reaktion auslösen und das rationale Bewusstsein nicht schnell genug eingreifen kann.

Ich möchte Senges Modell der *Ladder of inference* mit Damasio's Erkenntnissen über *somatic markers* erweitern: Unsere Erfahrungen führen nicht nur zum Aufbau einer Weltsicht, die unsere künftigen bewussten Wahrnehmungen konditioniert. Der Lernprozess schreibt sich auch in den Körper ein, indem Erfahrungen mit Gefühlen gekoppelt werden, die bei späteren Vorstellungen von diesen Erfahrungen aktiviert werden und unseren rationalen Entscheidungsspielraum eingrenzen. Zur Veränderung solcher Entscheidungsmuster müssen also im Zweifel nicht nur die bewusst getroffenen Entscheidungen im Wege der Beobachtung zweiter Ordnung reflektiert werden, auch die Gefühle und die durch *somatic markers* erfolgte Vorselektion muss gegebenenfalls reflektiert werden. Ich möchte den Begriff der Beobachtung zweiter Ordnung insoweit erweitern und ihn nicht nur auf die Beobachtung einer vorangegangenen rationalen Unterscheidung, sondern auch auf die Beobachtung eines vorangegangenen Gefühls oder eines *somatic marker* beziehen, also einer auf Lernen beruhenden Verbindung zwischen Gefühl und Szenario. Die besondere Herausforderung dieser Beobachtung besteht darin, dass *somatic markers* einsetzen können, ohne dass das Bewusstsein sie registriert (Damasio 1994: 184 f.).

Ich denke, dass *somatic markers* eine wesentliche Rolle beim Umschlagen eines Sachkonfliktes in einen Beziehungskonflikt spielen. Der entscheidende Schritt in diesem Prozess ist die Anschuldigung. „Auf Grund ihrer Zurechnungseigenschaften ist die Anschuldigungskommunikation in höchstem Maße widerspruchsimplicativ: Wer dem drohenden Achtungsverlust keinen Widerstand entgegenzusetzen hat, läuft Gefahr, damit auch seine Selbstachtung zu verlieren“ (Messmer 2003: 201). Es gibt einen „Zusammenhang zwischen Selbstachtung und Fremdwahrnehmung in der Interaktion. Die Anerkennung des Selbst durch den anderen weckt Gefühle von Stolz, seine Missachtung dagegen erzeugt Scham, beides wird in und durch Interaktion virulent“ (ebenda). *Somatic markers* entstehen durch positive wie negative Sanktionierung (Damasio 1994: 180). Das Erleben einer Anschuldigung kann, je nach Umständen und individuellem Bedürfnis nach Fremdanerkennung, bereits zur Entstehung eines *somatic marker* führen, der dafür sorgt, dass bei der künftigen Auswahl von Handlungsoptionen alle die Optionen im Vorfeld aussortiert werden, die die Gefahr beinhalten, erneut in

diese Situation zu geraten. Simon spricht in diesem Zusammenhang von Abwehrprozessen, die Ergebnis eines Selbstorganisationsprozesses sind (Simon 2010: 70), und betont ebenfalls die Rolle des Gefühls in diesen Prozessen.

Noch deutlicher wird dies, wenn wir die Steigerung der Anschuldigungskommunikation, die Drohkommunikation in den Blick nehmen: Die Anschuldigung in Bezug auf Vergangenes kann sich zur Drohung in Bezug auf Zukünftiges steigern. Messmer beschreibt, wie die Steigerung von der Anschuldigung zur Drohung subjektiv erlebt wird: „Jede Drohung impliziert für die Betroffenen eine signifikante Einschränkung bzw. die Aberkennung ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeiten und wird aufgrund dessen schon im Vorgriff als Sanktionierung erlebt“ (Messmer 2003: 241). Wegen des subjektiven Empfindens von Sanktion ist anzunehmen, dass Drohkommunikation regelmäßig die Entstehung von *somatic markers* begünstigt, die wiederum die Handlungsoptionen im Konflikt beschränken.

### 2.6.3. Der Begriff der Konflikttransformation

Das sich selbst reproduzierende Konfliktsystem entsteht, weil sich der Code Nicht-Nachgeben / Nachgeben etabliert (Messmer 2003: 300). Ziel der Konflikttransformation ist deshalb die Änderung des Codes Nicht-Nachgeben / Nachgeben und eine Rückkehr auf die Sachebene. Eine Lösung der Sachfrage hingegen ist meines Erachtens nicht primäres Ziel der Konflikttransformation, kann aber durchaus ein Ergebnis sein.

Der Code Nicht-Nachgeben / Nachgeben ist entstanden, weil durch den Konflikt bestimmte Muster in den beteiligten Bewusstseinssystemen entstanden sind, die dazu geführt haben, dass der ursprüngliche Sachkonflikt in einen Beziehungskonflikt umschlagen konnte, der sich zunehmend auf sich selbst bezieht. Der Schlüssel zur Änderung des Codes Nicht-Nachgeben / Nachgeben sind die Muster, die das Konfliktsystem stützen. Es handelt sich dabei um diejenigen Denkmodelle, die dazu führen, dass die Person des oder der anderen und sein bzw. ihr Verhalten im Konflikt zum Hauptgegenstand der Kommunikation wird und der sachliche Gehalt in den Hintergrund rückt. Konflikttransformation ist also eine Veränderung derjenigen Muster im Bewusstsein, die den Anschluss an den Code Nicht-nachgeben / Nachgeben konditionieren, mit dem Ziel, den Konflikt wieder auf seine Sachebene zurückzuführen.

Wenn die Hypothese richtig ist, dass die Entstehung des Konfliktsystems, also das Umschlagen des Sachkonfliktes in einen Beziehungskonflikt, mit der Entstehung von *somatic markers* bei den beteiligten Personen Hand in Hand geht, bedeutet dies, dass eine Beobachtung zweiter Ordnung im Sinne der Reflexion über bewusste, rationale Kommunikationen und Entscheidungen allein nicht ausreichend ist, um die Dynamik des Systems zu verändern. Zusätzlich ist eine Beobachtung zweiter Ordnung über die bewussten und unbewussten Gefühle erforderlich.

Für den Dritten, der eine Transformation unterstützen will, wird dadurch nichts leichter: Genau wie das Bewusstsein ist auch der physische Körper ein operativ geschlossenes System, in das von außen nichts hinein gepflanzt werden kann. Konflikttransformation kann immer nur eine Leistung der beteiligten Konfliktparteien sein. Es wird jedoch eines klar: Ein rein auf den rationalen Austausch von Argumenten fokussierender Prozess wird individuelle Transformationen nur schwer auslösen können.

Außenstehende können lediglich Bedingungen herstellen, unter denen Reflexion eher möglich wird. Systeme können irritiert werden und Irritation kann Reflexion und Beobachtung zweiter Ordnung ermöglichen. Diese Beobachtung muss auch die Gefühle und *somatic markers* einschließen. Auf der individuellen Ebene, auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen und auf der Ebene der kollektiven Muster liegt der Schlüssel zur Transformation in der Irritation der beteiligten Bewusstseinsysteme. Zusätzlich können bestimmte Muster aber auch durch gesellschaftliche Strukturen am Leben erhalten werden.

Dies wirft die Frage auf, auf welche Weise, mit welchen Methoden, Mitteln und Prozessen die Muster in einem Konflikt verändert werden können. Hierzu gibt es unterschiedliche Ansätze; einen möchte ich hier vorstellen: den so genannten demokratischen Dialog (Pruitt und Thomas 2007).

#### 2.6.4. *Konflikttransformation durch demokratischen Dialog*

Der demokratische Dialog ist eine von Praktikern und Praktikerinnen entwickelte Methode, die auf der Auswertung einer Vielzahl von Erfahrungen beruht (Pruitt und Thomas 2007: 188 ff.). Der demokratische Dialog versteht sich als ein Gesprächsprozess, der über das Austauschen von Meinungen oder das Verhandeln von Positionen hinausgeht. Es geht vielmehr um die Reflexion sowohl der eigenen Identitäten, Wertvorstellungen und Vorurteile als auch der der andere(n) Seite(n), mit dem Ziel, die Beziehungen der Konfliktparteien zueinander grundlegend zu verändern. Der demokratische Dialog zielt auf eine Veränderung der Teilnehmenden selbst. Durch aktives und profundes Zuhören sollen neue Kapazitäten der Problemlösung entstehen (Pruitt und Thomas 2007: 22). Dies soll sich in Veränderungen auf interpersoneller und kollektiver Ebene niederschlagen. Dialogprozesse sind grundsätzlich zu allen Themen denkbar, so können auch Rechtsetzungsprozesse als Dialogprozesse gestaltet werden. In diesem Fall kann die Transformation nicht nur die individuelle, zwischenmenschliche und kollektive Ebene erfassen, sondern auch die strukturelle Ebene erreichen.

Das Handbuch des demokratischen Dialogs benennt fünf Prinzipien: Inklusion, gemeinsame Aneignung, Lernen, Menschlichkeit und Langzeitperspektive (Pruitt und Thomas 2007: 26 ff.). Diese fünf in der Praxis entwickelten Prinzipien lassen sich auch theoretisch aus dem eben entwickelten Verständnis von Konflikttransformation ableiten und ich möchte diese theoretische Fundierung des Dialogs hier vornehmen:

*Inklusion* verlangt, dass am Dialog alle Betroffenen teilnehmen müssen (Pruitt und Thomas 2007: 26). Dies ergibt sich aus dem Wesen des Konfliktsystems: Wenn das Konfliktsystem durch die Kommunikationen unter den Beteiligten entsteht, dann ist klar, dass eine Veränderung am System nur unter Teilnahme *aller* derjenigen Akteure und Akteurinnen möglich ist, die *regelmäßig* an das System anschließen. Sollten in einem Gesprächsprozess einzelne Akteurinnen und Akteure außen vor bleiben, dann besteht die Gefahr, dass diese Akteurinnen und Akteure den Prozess sabotieren, indem sie die üblichen Kommunikationsangebote machen, nämlich Anschuldigungskommunikation. Zwar kann der oder die Einzelne Kommunikation nicht *bewirken*, weil das Verstehen zur Kommunikation gehört, das in einem fremden Bewusstsein stattfindet, und noch viel weniger kann eine bestimmte Reaktion gezielt bewirkt werden. Dennoch hat Messmer

aufgezeigt, dass die bevorzugte Antwort auf eine Schuldzuweisung deren Ablehnung ist, weil alles andere als Schuldeingeständnis aufgefasst werden kann (Messmer 2003: 193). Wenn man die Schuld nicht eingestehen will, kann man das behauptete Übel möglicherweise umdeuten (Messmer 2003: 202 ff.), indem man etwa auf höhere Gewalt verweist oder aber man kann die Schuld zurück verweisen an die andere Konfliktpartei oder andere Konfliktbeteiligte (Messmer 2003: 206). Und schon ist das System wieder in seinem gewohnten Modus und reproduziert sich. Eine Atempause vom Konflikt kann es also nur geben, wenn *alle* sie sich gemeinsam nehmen.

Inklusion bedeutet jedoch noch mehr: Der Prozess besteht aus Kommunikation. Es müssen deswegen Bedingungen herrschen, die Kommunikation praktisch ermöglichen. Dies betrifft einerseits simple Dinge, wie zum Beispiel dass zwischen Menschen, die unterschiedliche Sprachen sprechen, übersetzt werden muss, damit jeder und jede sich in der Sprache ausdrücken kann, die ihm oder ihr am nächsten liegt, oder dass die Möglichkeit der Teilnahme nicht von ökonomischen Faktoren abhängig sein darf, wenn zum Beispiel die Anreise zum Ort des Dialogs mit Kosten verbunden ist. Dazu gehören jedoch auch komplexere Fragen: Wenn einzelne Akteurinnen und Akteure (zum Beispiel Frauen, Jugendliche oder Menschen, die sich mit einer bestimmten Ethnie identifizieren) in einer Gesellschaft typischerweise selten zu Wort kommen, dann kann im Dialogprozess nicht einfach davon ausgegangen werden, dass sie in diesem Rahmen nun frei und ungehemmt kommunizieren werden. Vielmehr müssen die Bedingungen für ihre freie und gleichberechtigte Teilnahme an der Kommunikation erst geschaffen werden.

Das Prinzip der *gemeinsamen Aneignung* verlangt, dass durch den Dialog der Gegenstand des Dialogs tatsächlich in die Hände aller Teilnehmenden gelangt, mit gleicher Bindung auf allen Seiten (Pruitt und Thomas 2007: 28). Dieses Prinzip erklärt sich aus der Frage nach der Motivation der Teilnehmenden: Im Dialog treffen die Teilnehmenden mit Menschen zusammen, mit denen sie in ein Konfliktsystem geraten sind, das negative Emotionen ausgelöst hat, und dabei möglicherweise *somatic markers* produziert, die zur unbewussten und sofortigen Ablehnung von Personen oder Situationen führen. Ziel des Dialogs ist, dass die Teilnehmenden nicht an die übliche Anschuldigungskommunikation anschließen, sondern diese Anschuldigungskommunikation hinterfragen. Das ist nicht einfach und braucht deshalb einen starken Anreiz: Irgendetwas Wichtiges oder Interessantes muss dabei heraus kommen können und die Beteiligten müssen das Vertrauen haben, dass dieses Wichtige ihnen auch nicht von den Anderen willkürlich entzogen werden kann. Der Dialog kann deshalb nicht einfach nur ein Konsultationsprozess sein, in dem es einer mächtigen Seite frei steht die Ergebnisse anzunehmen, und er kann auch nur über Themen geführt werden, über die die Beteiligten tatsächlich entscheiden können. Der Gegenstand, um den es geht, muss der Gruppe zur Verfügung stehen und alle müssen Anteil an der Verfügungsmacht haben. Weil der Dialog ein Kommunikationsprozess ist, erstreckt sich die Notwendigkeit gemeinsamer Aneignung auch auf den Dialogprozess selbst: Nur wenn über die Ausgestaltung des Prozesses ebenfalls von allen gemeinsam entschieden wird, ist gewährleistet, dass nicht eine Seite durch prozessuale „Tricks“ sich am Ende doch die Vorherrschaft über den Gegenstand des Dialogs sichert.

Ich denke, dass die Unterscheidung der vier unterschiedlichen Formen der Macht (VeneKlasen und Miller 2008: 45) für das Verständnis von gemeinsamer Aneignung hilfreich ist: Es handelt sich ebenfalls um ein in der Praxis entwickeltes Konzept, das ich hier einführe, weil es Erkenntnisse über die Funktionsweise von Dialogprozessen ermöglicht. Die *innere Macht* (*power within*) ist die Macht einer jeden Person, die sie aus ihrem Selbstwertgefühl und ihrer Selbstkenntnis bezieht und die die Grundlage ihrer Handlungsfähigkeit ist. Die *Macht zu* (*power to*) beschreibt die individuelle Handlungsfähigkeit in einem gegebenen Kontext, also die Fähigkeit, das eigene Leben und die eigene Welt zu gestalten. Die *Macht mit* (*power with*) ist die Fähigkeit, sich mit anderen zum gemeinsamen Handeln zu koordinieren, also die kollektive Handlungsfähigkeit. Die *Macht über* (*power over*) ist die Macht, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen.

Diese Unterscheidung erklärt, wie die gemeinsame Aneignung auf der Inklusion aufbaut. Um sich etwas aneignen zu können, muss zunächst die individuelle Handlungsfähigkeit (*Macht zu*) im gegebenen Kontext vorhanden sein. Hier spielen die Inklusionsbedingungen eine Rolle, die diese Handlungsfähigkeit ermöglichen. Um sich gemeinsam mit anderen etwas anzueignen, bedarf es der Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation auf gleichberechtigter Basis, das ist die kollektive Handlungsfähigkeit (*Macht mit*) und diese drückt sich aus in den Vereinbarungen über prozedurale Aspekte. Was die gemeinsame Aneignung aber regelmäßig ausschließt, ist die *Macht über*: Machtasymmetrien, die entstehen, wenn eine teilnehmende Person die Macht über die anderen und/oder die alleinige Macht über den Gegenstand der Diskussion hat, verhindern regelmäßig die gemeinsame Aneignung des Gegenstands des Dialogs. Dasselbe gilt für Fälle, in denen der Gegenstand des Gesprächs gar nicht in der Verfügungsmacht der Beteiligten liegt.

Das Prinzip der gemeinsamen Aneignung stützt wie kein anderes Tullys Kritik, dass es Verfassungen, die auf der Idee von Freiheit, Gleichheit und Staatssouveränität beruhen, nicht möglich ist, kulturelle Diversität angemessen einzubeziehen, denn sie zielen auf Unterordnung und Assimilation (Tully 1999: 81). Wenn eine Gesellschaftsordnung ihren Zusammenhalt nicht auf der Basis von individuellen Rechten und politischen Mehrheitsentscheidungen organisiert, dann kann sie *innerhalb* einer westlichen Verfassungsordnung auch an keinem echten Dialog teilnehmen, weil das, worum es geht, nämlich die Ordnungsprinzipien der Gesellschaft, vorausgesetzt wird und gar nicht zur Diskussion steht.

Ziel des demokratischen Dialogs ist darüber hinaus der individuelle *Lernprozess* der Teilnehmenden durch Reflexion über ihre eigenen Einstellungen, Vorurteile und Handlungsweisen (Pruitt und Thomas 2007: 29 f.). Dieses Prinzip steht in direktem Zusammenhang mit dem Umstand, dass die Entstehung und Aufrechterhaltung von Konfliktsystemen vielfach auf unbewussten Entscheidungen und Gefühlen beruht. Der Übergang vom Sach- zum Beziehungskonflikt wird in der Regel nicht durch bewusste Entscheidung herbeigeführt, sondern ergibt sich aus unbewussten Reaktionen und Gefühlen: Ein durch ein negatives Erlebnis entstandener *somatic marker* sorgt ganz unbemerkt dafür, dass das Bewusstsein auf bestimmte Situationen auf eine bestimmte Weise reagiert. Dies kann unter Umständen durchbrochen werden, wenn *andere*

Erfahrungen gemacht werden. Diese Prozesse finden im Verborgenen statt, so dass oft nicht einmal das beteiligte Bewusstsein selbst davon weiß. Über diese Prozesse ein Bewusstsein zu erlangen, stärkt jedoch in jedem Fall die *innere Macht*, also die Kenntnis von sich selbst.

Von außen kann kein Einfluss darauf genommen werden. Aber es ist möglich, in Gruppenprozessen Bedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen *unter neuen Umständen* aufeinandertreffen. Unter diesen neuen Umständen kann es zu Irritationen des Bewusstseins kommen, es kann passieren, dass bislang stets reibungslos funktionierende *somatic markers* und Muster im Bewusstsein plötzlich keine klare Handlungsalternative mehr weisen, einfach weil die Situation neu ist, und dadurch kann das Bewusstsein anfangen, sich mit diesen *somatic markers* und Mustern zu beschäftigen. Das Bewusstsein kann sich selbst zum Gegenstand seiner Beobachtung machen und kann diese Muster ändern. Lernen ist nach Luhmann die Änderung derjenigen Strukturen, mit denen das Bewusstsein seine Autopoiese handhabt (Luhmann 1995b: 76), und deswegen ist die Transformation eines Konfliktsystems nicht ohne individuelle Lernprozesse möglich. Diese Lernprozesse im Bewusstsein können möglicherweise dazu führen, dass die Beteiligten andere Kommunikationsangebote machen oder angebotene Kommunikation anders verstehen. Auf diese Weise kann es passieren, dass sich auch die Kommunikation im *Konfliktsystem* verändert. Eine Garantie gibt es dafür freilich nicht.

Das Prinzip der *Menschlichkeit* zielt darauf ab, dass im Prozess Empathie entwickelt werden soll, was nur auf der Grundlage von Authentizität möglich ist (Pruitt und Thomas 2007: 30). An der Entstehung des Konfliktsystems sind vielfach Gefühle beteiligt. Wenn Beteiligte aufgrund von unbewussten *somatic markers* in bestimmten Situationen nur auf eine bestimmte Weise reagieren können, ist es wenig hilfreich, das Gespräch auf die Ebene von rationalen Fragen zu beschränken. Denn der *somatic marker* beruht nun einmal auf Gefühlen und nicht auf rationalen Entscheidungen. Oftmals haben die Konfliktbeteiligten ein abstraktes Wissen darüber, dass und wie ihnen der Konflikt schadet. Was sie oft nicht wissen, ist, auf welche Weise sie selbst daran beteiligt sind. Damit ein Lernprozess über Muster und *somatic markers* stattfinden kann, ist es nötig, den Gefühlen auf irgendeine Weise Raum zu geben. Dies ist unter Konfliktbeteiligten enorm schwierig, denn Gefühle zu zeigen birgt die Gefahr, sich dem oder der anderen auszuliefern. Eine vorsichtige Annäherung an die Gefühlsebene ist aber möglich über allgemeinere Fragen der Menschlichkeit, über Wünsche, Träume, Erfahrungen oder Lebensgeschichten. Religion und Spiritualität können ebenfalls eine Annäherung an die Gefühle ermöglichen.

Das Prinzip der *Langzeitperspektive* bezieht sich auf zwei Dinge: Zum einen brauchen Dialogprozesse die Zeit, die sie eben brauchen (Pruitt und Thomas 2007: 31). Die hier skizzierten Lernprozesse geschehen nicht von heute auf morgen, denn die Muster im Bewusstsein sind teilweise durch jahrelange Erfahrung entstanden und die Mühe, sie zu verändern, steht in Beziehung zur Länge dieser Erfahrung. Zusätzlich wird aber auch empfohlen beim Thema des Dialogs ein Thema mit Langzeitperspektive zu wählen (Pruitt und Thomas 2007: 32). Das hängt damit zusammen, dass sich die Kommunikationen im Konflikt eher um aktuelle, kurzfristige Fragen drehen. Im Code von Nicht-Nachgeben / Nachgeben geht es um den aktuellen Positionsausbau, der den Beteiligten hier und heute

die Oberhand über die Gegenseite gewährt oder zumindest verhindert, dass die Gegenseite die Oberhand bekommt. Langfristige Perspektiven sind deshalb eher dafür geeignet, die Irritation hervorzurufen, die den Lernprozess ermöglicht, denn in der langfristigen Perspektive stellen sich die Dinge manchmal ganz anders dar.

## 2.7. *Verfassung und Staat in der Systemtheorie*

Da es in dieser Arbeit um Staatsverfassungen gehen wird, möchte ich die Funktion der Verfassung in der Theorie sozialer Systeme erläutern sowie auch den Staatsbegriff klären.

### 2.7.1. *Verfassung als strukturelle Kopplung von Politik und Recht*

Luhmann versteht Recht und Politik als unterschiedliche Systeme, die aber aufeinander angewiesen sind: Das Recht braucht die Politik zur Normdurchsetzung, die Politik bedient sich des Rechts zur „*Diversifikation des Zugriffs auf politisch konzentrierte Macht*“ (Luhmann 1993: 150). Politik und Recht sind insoweit miteinander strukturell gekoppelt.

Formalisiert wird die strukturelle Kopplung von Recht und Politik durch die Verfassung: „*Als reale Errungenschaften (im Unterschied zu bloßen Texten) existieren Verfassungen, wenn es gelingt, die wechselseitige Beeinflussung von Recht und Politik auf die in der Verfassung des Staates vorgesehenen Kanäle zu beschränken ...*“ (Luhmann 1993: 470). Dabei hat die Verfassung für jedes System einen eigenen Sinn: Für das Rechtssystem ist sie oberstes Gesetz, für die Politik ist sie ein Instrument der Politik. Diesen Sinn kann sie jedoch nur unter der Voraussetzung funktionaler Differenzierung und operativer Schließung beider Systeme erfüllen, weshalb Politik nicht als Rechtsordnung begründet werden kann und die Souveränität des politischen Systems nur durch Machtkämpfe und -kalküle innerhalb politischer Eliten begrenzt wird.

Unter der Voraussetzung der funktionalen Differenzierung und Autopoiese beider Systeme ist also das in der Verfassung gesetzte Recht das einzige Mittel, die politische Macht zu beschränken. Zudem kann sich das Recht auch selbst beschränken, indem es seine Anwendung auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche ausdrücklich ausschließt.

### 2.7.2. *Der Staat in der Systemtheorie: Notwendige Ergänzungen*

Luhmann hat seine Theorie im Wesentlichen an europäischen Beispielen entwickelt, was die Frage aufwirft, welchen Nutzen die Systemtheorie in lateinamerikanischen Kontexten haben kann. Ich will hier kurz die Staatsbegriffe von Luhmann und Nassehi referieren und im Anschluss unter Rückgriff auf Schlichte einen Vorschlag entwickeln, postkoloniale Staaten wie Bolivien systemtheoretisch zu beschreiben.

Luhmann differenziert zwischen Gesellschaft und Staat. Zur Gesellschaft gehören die Interaktionssysteme und alle Organisationssysteme, „*ohne daß man sagen kann, daß die Gesellschaft in Interaktionen bzw. Organisationen aufgeht*“ (Kneer und Nassehi 1993: 43). Zur Gesellschaft gehört, wer an die Systeme der Gesellschaft anschließen kann. Inklusion ist hier der Kernbegriff, verstanden als die tatsächliche Möglichkeit des kommunikativen Anschlusses an die sozialen Systeme (Kneer und Nassehi 1993: 157). Den Staat hingegen beschreibt Luhmann als „*ein Teilsystem des politischen Systems*“ (Luhmann und Kieserling 2002: 215) und richtet seine Aufmerksamkeit stattdessen auf die Weltgesellschaft. Zwar meint Neves, dies sei eine „*verfeinerte Begriffsbestimmung*“ gegenüber früheren Beschreibungen (Neves und Voigt 2007: 9). Dennoch ist dieser Staatsbegriff hier nicht

nützlich, weil er den Staat *ausschließlich* auf das ausdifferenzierte politische (Funktions-) System zurückführt und deshalb mit dem evidenten Phänomen nicht umgehen kann, dass es Staaten auch in Weltgegenden gibt, in denen neben funktionaler Ausdifferenzierung noch andere gesellschaftliche Praxen zu beobachten sind.

Nassehi (Nassehi 2003) betont in seiner Annäherung an die Begriffe des Politischen und des Staates hingegen den Unterschied zwischen Funktions- und Organisationssystemen. Ihm zufolge sind die Organisationssysteme eine Konsequenz der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung in Funktionssysteme und nicht mit ihnen identisch (Nassehi 2003: 162). Zum Funktionssystem Politik gehören alle Kommunikationen, die im Modus der politischen Macht verlaufen. Das sind zum einen die Kommunikationen des Organisationssystems Politik, also vor allem von Parlament und Regierung, aber auch die Kommunikationen, die sich auf diese politische Macht beziehen, wie zum Beispiel Forderungen von sozialen Bewegungen zur Änderung einer bestimmten staatlichen Politik.

Die Aufgabe der Organisationssysteme im Staat besteht dagegen darin, Entscheidungen zu treffen. Sie sind „*Inseln der Sichtbarkeit*“ (Nassehi 2003: 158), in denen nicht nur Entscheidungen gefällt werden, sondern die auch den Blick auf die Wirklichkeit so einschränken, dass „*letztlich nur die Entscheidungsgeschichte staatlichen Handelns im Blick bleibt*“ (Nassehi 2003: 159). So kommt Nassehi zu dem Schluss, der Staat sei ein „*Zurechnungspunkt mit der Funktion der Visibilisierung des politischen Prozesses*“ (Nassehi 2003: 162). Ich halte diese Definition des Staates über die Entscheidungsfunktion seiner Organisationssysteme für einen hilfreichen Ausgangspunkt, denke aber, dass sie für postkoloniale Kontexte noch vertieft werden kann, was ich in den folgenden Abschnitten tun möchte.

#### 2.7.2.1. *Der postkoloniale Staat als Ergebnis sozialer Wiederaneignung*

Zur Vertiefung möchte ich die Ausführungen Schlichtes (Schlichte 2005) zum postkolonialen Staat einführen. Schlichte arbeitet nicht mit der Systemtheorie, er hält sie vielmehr für wenig nützlich in postkolonialen Kontexten (Schlichte 2005: 297). Ich denke, die Luhmannsche Systemtheorie muss ergänzt werden, um sie sinnvoll auf postkoloniale Kontexte anzuwenden. Ich möchte deshalb Schlichtes Beobachtungen und Beschreibungen in die Systemtheorie hinein übersetzen, um mich der notwendigen Ergänzung der Theorie sozialer Systeme für postkoloniale Kontexte anzunähern. Ein wesentliches Element dabei werden neuere systemtheoretische Erkenntnisse über Netzwerke sein.

Schlichte weist zunächst darauf hin, dass die Aneignung des Staates durch die Bürger (und später auch Bürgerinnen) in Europa ein langer und reziproker Prozess war: „*Bürgerliche Schichten in ganz Europa eignen sich ab der Französischen Revolution den Staat an, aber das Paradoxe dieser Aneignung ist, dass sich auch das Umgekehrte vollzieht: der Staat als das zentrale eigenlogische Projekt der Regierung eignet sich auch die Bürger an. Das Versprechen der Demokratie wird zwar mehr und mehr eingelöst, aber nicht in dem Sinne, dass es ohne ‚keratein‘; ohne Herrschaft ausginge*“ (Schlichte 2012: 5, Anführungszeichen im Original).

Je mehr die Bürger in Europa mit dem Adel um die Funktionen des Staates konkurrieren, desto mehr übernehmen sie die Logik von Regierung. Derselbe Prozess

wiederholte sich nach Schlichte, als die Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen in den bürgerlichen Staat drängt und ihn zum Sozialstaat umformt (ebenda). Schlichte nennt diesen Prozess die „*Vergesellschaftung des Staates*“ (Schlichte 2005: 123).

Aus systemtheoretischer Sicht lässt sich dieser Vorgang so beschreiben, dass das in Europa entstehende politische System aus Widersprüchen und Konflikten lernt und deshalb mehr und mehr Menschen formelle Gleichheit im Zugang zur politischen Macht gewährt, um sich selbst als System zu erhalten. Der Prozess der Aneignung des Staates führt dazu, dass die politische Macht im Laufe der Zeit anders verteilt wird und gleichzeitig mehr Menschen die Logik der politischen Macht verinnerlichen und mittragen, was das System stabilisiert.

In den Kolonialstaaten bzw. postkolonialen Staaten ist das politische System jedoch in der Regel anders entstanden: Der koloniale Staat hatte eine externe Machtbasis, brauchte jedoch immer einen lokalen Rückhalt, das heißt er musste lokale Machtbeziehungen aufbauen, als lokales „*Rückgrat der Macht*“ (Schlichte 2005: 120).

Schlichte weist zu Recht darauf hin, dass in den postkolonialen Staaten die Vergesellschaftung des Staates ein Prozess sozialer Wiederaneignung war und ist. Andere soziale Praktiken, basierend auf Verwandtschaft, feudalen Abhängigkeiten oder vorkolonialen Gesellschaftsformen, fanden ebenfalls in das politische System Eingang (Schlichte 2005: 123). Deshalb ist Herrschaft in postkolonialen Staaten oft personalisiert (Schlichte 2005: 291) und vielfach haben sich bestehende Solidarverbände in staatliche Bürokratien integriert, was Außenstehenden als Klientelismus erscheint (Schlichte 2005: 119). Schlichte zufolge existiert aber gleichzeitig ein global verallgemeinertes Ideal des modernen Staates. Dieses Ideal ist nicht homogen, aber nach Schlichte von vier Elementen geprägt: vom Gewaltmonopol, von der räumlichen politischen Einheit, vom Staat als Apparat, dessen Staatsaufgaben von Verwaltungsapparaten erfüllt werden und vom Staat als überlegene Instanz, der mit Machttechniken die Machtverhältnisse verfestigt (Schlichte 2005: 94). Schlichte sieht in der „*Spannung dieses Ideals zu den von den Akteuren tatsächlich eingeübten Praktiken die zentrale Dynamik staatlicher Herrschaft in der Dritten Welt*“ (Schlichte 2005: 84). Es geht Schlichte also nicht um ein Entweder-oder zwischen modernem (westlichen) Ideal und tatsächlich geübter Praxis, sondern gerade um das existierende Spannungsfeld zwischen beiden.

Der Gedanke, dass ein Staat aus den jeweiligen historischen Umständen heraus entsteht, ist mit der Systemtheorie sehr gut kompatibel, Luhmanns Überlegungen beginnen an eben dieser Stelle (Luhmann 1990a: 177 ff.). Personalisierte Herrschaft und Solidarverbände (bzw. „Klientelismus“) sind jedoch von persönlicher Interaktion abhängige Phänomene. Ihr Verständnis aus dem Blick der Systemtheorie bereitet Schwierigkeiten, so lange man mit Luhmann annimmt, dass von Gesellschaft überhaupt nur gesprochen werden kann, wenn sie von Interaktion unabhängig gemacht werden kann (Luhmann 1975: 11), wenn sich also symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien mit ja-nein-Codes etablieren. Luhmann meint, wenn persönliche Beziehungen in den Organisationssystemen des Staates zum Tragen kommen, ginge es in Wahrheit nicht mehr um das jeweilige öffentliche Problem: „*Solche Probleme sind zwar Thema der Kommunikation – aber vorwiegend deshalb, weil sich die Organisationen, die Anlässe geben zur Kommunikation, mit ihnen beschäftigen. Die Kommunikation selbst verlagert dann aber den stets mitgemeinten Sinn auf die Ebene*

*individueller Interessen*“ (Luhmann 1995a). In dieser Interpretation blockieren verwandtschaftliche oder andere Gruppeninteressen die Autopoiese des Organisationssystems (so versteht auch Tacke 2011b: 8 den Luhmannschen Text). Auf Basis dieser Annahmen kann in den verschiedenen, vielfach auf persönlichen Beziehungen beruhenden sozialen Praktiken, die die politischen Systeme in postkolonialen Staaten durchziehen, nur ein Mangel an funktionaler Ausdifferenzierung gesehen werden.

Andere Autorinnen und Autoren (Nassehi 2003; Hiller 2010) weisen jedoch zu Recht auf den wesentlichen Unterschied zwischen Funktionssystemen und Organisationssystemen hin. Während Funktionssysteme einzig aus dem sie definierenden Code bestehen, müssen Organisationssysteme vielfach verschiedene Bedeutungshorizonte kombinieren. Funktionale Ausdifferenzierung ist eine Grundbedingung dafür und sie wird deswegen nicht gleich außer Kraft gesetzt, wenn Bedeutungshorizonte kombiniert werden. Ich werde darauf noch ausführlich eingehen.

Es muss also aus meiner Sicht im Falle Boliviens genauer gefragt werden, wer in den Organisationssystemen des Staates interagiert und wie diese Interaktion die Funktionsweise der Organisationssysteme beeinflusst. Ein adäquates Verständnis dieser Zusammenhänge wird meines Erachtens vor allem dadurch möglich, dass man die Dynamik von Netzwerken in gesellschaftlichen Zusammenhängen untersucht.

Ich möchte in den nächsten beiden Abschnitten zunächst versuchen, die Entstehung des Staates in Bolivien nachzuvollziehen und seine Funktionsweise im 20. Jahrhundert zu analysieren. Dabei werde ich mich auf Schlichtes Erkenntnisse beziehen, um im Anschluss unter Rückgriff auf den Netzwerkbegriff Schlichtes Staatsdefinition in die Systemtheorie hinein zu übersetzen.

#### 2.7.2.2. Staatsgründung in Bolivien

Das bolivianische Hochland war über Jahrhunderte Zentrum der Kultur und Gesellschaft *Tivanaku* (Montaño Durán 2011) und eine vergleichsweise kurze Zeit Teil des Inkareiches *Tawantinsuyo* (Albó C. und Barrios S. 2006: 27), genauer gesagt seiner südlichsten Region *Collasuyo*. Dann wurde es vom Königreich Spanien kolonisiert. Unter spanischer Kolonialherrschaft bildete Bolivien zusammen mit dem heutigen Paraguay, Argentinien und Uruguay die Verwaltungseinheit *Audiencia* de *Charcas* und gehörte zum Vizekönigreich Peru, zeitweise auch zum Vizekönigreich Río de la Plata. Die Machtstruktur in der Kolonie war „ein ‚duales‘ System mit einer hegemonialen ‚Republik der Spanier‘, und der der ‚indios‘, besiegt und eindeutig untergeordnet. Aber in ihm hielten sich indigene Autoritäten auf sekundärer Ebene ...“ (Albó C. und Barrios S. 2006: 29).

Auch in der *Audiencia* de *Charcas* brauchte die spanische Krone ein lokales Rückgrat der Macht, wie Schlichte es beschreibt. Die lokalen Institutionen der Macht (*corregimientos*, *parroquias* u. a.) wurden ausschließlich von den Nachkommen spanischer Familien, den sogenannten *criollos*<sup>8</sup>, besetzt. Hier fließen praktische Erwägungen des Machterhalts mit

---

<sup>8</sup> Die weibliche Form ist *criolla*. Ich verzichte hier auf sie, weil die Rechts- und Machtposition der Frauen zur damaligen Zeit eher schwach war, siehe unten, obwohl sie natürlich immer noch eine bessere gesellschaftliche Position hatten als beispielsweise sich als indigen definierende Frauen.

Ideologie zusammen, denn der Kolonialismus wirkt auch auf die Kolonialmacht zurück: Indem die autochthone Bevölkerung der Kolonien als faul, gewalttätig und unmündig bezeichnet wird, beschreibt sich das koloniale Zentrum selbst als fortschrittlich, rational und aufgeklärt (Hanschmann 2012: 147). Aus dieser Logik heraus entsteht zweierlei Recht in den Kolonien: Die vom kolonialen Zentrum in die Kolonien übersiedelnden Staatsbürger behielten ihre Rechtspersönlichkeit und ihre Rechte bei, sowie auch die Staatsbürgerinnen, soweit sie Rechte hatten. Die lokale Bevölkerung hingegen war weitgehend rechtlos. Aus dieser überlegenen Rechtsposition heraus verwalteten die *criollos* Macht, Recht und Wirtschaft im Vizekönigreich. Sie taten dies vielfach über Familienstrukturen, wie Klein beschreibt (Klein 1985): In seiner Biographie des *hacendado* Tadeo Diez de Medina, der im 18. Jahrhundert große Ländereien im heutigen *departamento* La Paz besaß, beschreibt Klein, wie Diez de Medina seine fünf Töchter mit Geschäftspartnern verheiratet und die versprochene aber nicht sofort ausgezahlte Mitgift als Mittel benutzt, die Schwiegersöhne langfristig geschäftlich an sich zu binden: „*Clearly here, as has been shown for Buenos Aires merchants in the same period, marriage, dowry and kinship ties were being used by merchants to form longlasting and binding commercial partnerships in a society with no recognized sociedades anónimas<sup>9</sup> or private joint stock companies*“ (Klein 1985: 206). Den beiden Söhnen hingegen finanzierte er Rechtsstudien und kaufte ihnen politische Machtpositionen (Klein 1985: 216 f.).

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erklärten sich die spanischen Kolonien in Südamerika nach und nach unabhängig, begleitet war dieser Prozess von bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Unabhängigkeit Boliviens wurde 1825 erklärt. Im Moment der Unabhängigkeit Boliviens waren es diese, oft untereinander familiär verbundenen Akteure der lokalen Macht, die das politische System des postkolonialen Staates erschufen bzw. sich aneigneten: Menschen aus vorwiegend spanischstämmigen Familien, die an der Macht im Kolonialstaat beteiligt gewesen waren (Chivi Vargas 2012: 362). Der Unabhängigkeitskampf in Bolivien wurde von den *criollos* angeführt. Sie gründeten die lokalen Universitäten und sie lehrten und studierten dort Recht und hielten die Verwaltung des neuen Staates in den Händen – unter Ausschluss großer Teile der Bevölkerung. Zwar erklärt die Unabhängigkeitserklärung Boliviens vom 11. August 1825 alle diejenigen zu Staatsbürgern, die für die Unabhängigkeit gekämpft haben, damit auch die Soldaten, die sich mit den Nationen Aymara, Quechua oder anderen identifizierten (Nr. 18). Die erste Verfassung Boliviens von 1826 verlangte in ihrem Artikel 14 aber zusätzlich, dass man lesen und schreiben können müsse, um als Staatsbürger zu gelten. Zwar sollte diese Bedingung erst 10 Jahre später wirksam werden, zu den sofort zu erfüllenden Bedingungen gehörte jedoch, auch „*eine Beschäftigung oder ein Gewerbe zu haben oder eine Wissenschaft oder Kunst auszuüben, ohne als Hausangestellter einem anderen unterworfen zu sein*“ (Art. 14 Nr. 4). Frauen, Indigene und andere Mitglieder unterer Schichten waren von der vollen staatsbürgerlichen Teilnahme ausgeschlossen. Das universelle Wahlrecht, unabhängig von Geschlecht, Stand und ethnischer Zugehörigkeit wurde in Bolivien erst 1952 eingeführt.

---

<sup>9</sup> Aktiengesellschaften.

Durch die Gründung des Staates schaffte sich die koloniale Elite nicht nur ein eigenes politisches und Rechtssystem. Es verleiht diesen Systemen gleichzeitig einen umfassenden Zwangscharakter: Die Verfassung definiert ein Territorium (Art. 3 der Verfassung von 1826). Alle in diesem Territorium geborenen Menschen sind „*bolivianos*“ (Art. 11). Allerdings haben nur einige von ihnen das Wahlrecht, nämlich die „Staatsbürger“ (*ciudadanos*). Es gibt also zwei Klassen von Staatsangehörigen, die *bolivianos* im Allgemeinen und die „Staatsbürger“ im Besonderen. Wählen und gewählt werden dürfen nur die „Staatsbürger“ (Art. 17 und 20). Es haben aber alle *bolivianos* die Verfassung und die Gesetze zu befolgen, die Autoritäten zu respektieren, die öffentlichen Ausgaben mitzutragen und notfalls ihr Hab und Gut und Leben für den Staat zu opfern (Art. 12). Damit werden alle Menschen, die innerhalb des Territoriums leben, zu Empfängerinnen und Empfängern der Entscheidungen dieses politischen und Rechtssystems gemacht, wobei gleichzeitig nur ein geringer Teil von ihnen als Staatsbürger aktive Teilnahmerechte erhält.

Zwar gehört zur Kommunikation ein Akt des Verstehens auf Seiten des Empfängers oder der Empfängerin (Kneer und Nassehi 1993: 81), aber staatliche Entscheidungen beeinflussen auch dann den Rahmen der individuellen Möglichkeiten, wenn das Individuum kein „Verstehen“ zurückkommuniziert. Das individuelle „Verstehen“ eines Gesetzes wird durch Veröffentlichung fingiert. So sah die bolivianische Verfassung von 1826 in Art. 76 vor, dass ein angenommenes Gesetz mit dem Vorsatz versehen werden sollte: *„Wir lassen alle Bolivianer wissen, dass der Gesetzgeber dekretiert hat, und wir veröffentlichen das folgende Gesetz:“* Im Anschluss an das Gesetz folgte die Formel: *„Wir befahlen deshalb allen Autoritäten der Republik, [dieses Gesetz] zu befolgen und durchzusetzen.“* Woraufhin das Gesetz gedruckt, veröffentlicht und in Umlauf gebracht werden sollte, *„zu denen, denen es gebührt“* (ebenda). Gekrönt wird die Fiktion des „Verstehens“ von dem Umstand, dass die Gesetze in der Sprache der Elite geschrieben werden, die die *bolivianos* nicht lesen können, was ja eben einer der Gründe ist, weshalb sie keine vollwertigen „Staatsbürger“ sind (s.o.). Dennoch: Zu befolgen hatten das Gesetz alle Bolivianer (und wohl auch die Bolivianerinnen).

Hierin liegt das Besondere des frühen postkolonialen Staates in Bolivien: Seine Organisationssysteme Politik und Recht werden ausschließlich von der spanischstämmigen Elite verwaltet, applizieren sich jedoch zwangsweise auf alle Staatsangehörigen, unabhängig von deren Fähigkeit oder Willen, an das politische System kommunikativ anzuschließen. Gleichzeitig wird rhetorisch Legitimation erschaffen: In Art. 8 der Verfassung von 1826 wird behauptet, dass die Souveränität vom *Volk* ausgeht.

Das Recht spielte bereits bei der Legitimierung kolonialer Herrschaft eine wichtige Rolle, indem es die „entdeckten“ Länder als Niemandsland einordnete und den dort lebenden Menschen jeden Eigentumsanspruch absprach, ihnen aber gleichzeitig genug Rechtspersönlichkeit zusprach, um Verträge (zu ihren Ungunsten) abschließen zu können (Pichl 2012: 135). Die zentrale Rolle des Rechts lag auch gerade darin, dass sich der Staat mittels des Rechts das Land aneignete. Die Souveränität der „unabhängig“ gewordenen Staaten war in einigen Fällen gleichbedeutend mit dem Moment der vollständigen Enteignung der ursprünglichen Bevölkerung: Die chilenische Verfassung von 1822 beispielsweise legte in Art. 3 als Grenzen des Staates fest: vom Kap Horn bis zur

Atacama-Wüste, von den Anden bis zum Pazifik. Damit wurden große Territorien in den Staat eingeschlossen, deren Bewohner und Bewohnerinnen die Kolonialmacht bis dato noch auf Abstand gehalten hatten, wie die Mapuche (Clavero 2008: 23). Die unabhängigen Verfassungen auf dem amerikanischen Kontinent negierten die Vorstellung, es könne irgendwo eigenständige, staatsfreie Gebiete geben: „*Der Verfassungsstandpunkt beginnt damit, den indigenen Raum zu ignorieren, mit der virtuellen Masseneignung an Land und Ressourcen, die damit einhergeht*“ (ebenda).

Die ursprüngliche Bevölkerung kommt in den ersten lateinamerikanischen Verfassungen in der Regel als Objekt vor: als Objekt der Missionierung und „Zivilisierung“ (Clavero 2008: 28 f.). Die erste der lateinamerikanischen Verfassungen, die venezolanische von 1811, beauftragt die Provinzregierungen, Bildungsstätten einzurichten, in denen die so genannten „*Indios*“ die Prinzipien der Religion, der Moral, der Politik, der Wissenschaft usw. lernen sollten (Art. 200). Die Ländereien, die sie in Besitz hielten, sollen ihnen weiter gehören, unter der Bedingung, dass sie das kollektive Eigentum aufgeben und das Land „*verteilen und darüber disponieren wie wahre Herren*“ (Art. 200). Eine Anerkennung von Rechten geht also einher mit der Negierung der bis dahin gelebten kollektiven Praktiken.

Auch in Bolivien wurde das Gemeinschaftseigentum am Land durch ein Gesetz vom 28. September 1868 abgeschafft, mit dem die bislang als *tierras de comunidad* bekannten Gemeinschaftsländereien zum Staatseigentum erklärt wurden. Mit einem weiteren Gesetz vom 5. Oktober 1874 wurde zwar ein Anspruch auf Rückgabe postuliert, jedoch nur in Form individueller Parzellen: „*Ab dem Moment der Übergabe der Eigentumstitel erkennt das Gesetz keine Gemeinschaften mehr an*“, heißt es in Art. 7 des Gesetzes. Zwischen 1870 und 1880 wurde in Bolivien das Regime der *haciendas* etabliert, in dessen Rahmen das Landeigentum an die *criollos* überging (Colque und Cameron 2010: 180), wodurch die übrige Bevölkerung entweder zur Lohnarbeit auf den *haciendas* gezwungen wurde oder zur prekären Existenz auf individuellen Parzellen.

Die Unabhängigkeit und Staatsgründung Boliviens war also der Moment, in dem sich die *criollos*, die das lokale Rückgrat der kolonialen Macht waren, von der Kolonialmacht befreiten. Der so gegründete Staat postulierte einen absoluten Durchsetzungsanspruch, der bis dahin noch bestehende geographische oder gesellschaftliche Freiräume der ursprünglichen Bevölkerung des Landes abschaffte. Gleichzeitig wurde die Exklusion dieser Bevölkerung zementiert, in dem sie zu Staatsangehörigen zweiter Klasse gemacht wurde, die die Gesetze zwar zu befolgen hatten, aber sie nicht mitgestalten konnten. Eine Aneignung dieses Staates erfolgte also zunächst nur durch die *criollos*.

### 2.7.2.3. Bolivien im 20. Jahrhundert: Landbesitz, Politik und Recht

Mitte des 20. Jahrhunderts wurde in Bolivien das universelle Wahlrecht eingeführt. Dennoch änderte sich wenig an den Herrschaftsverhältnissen. Die folgenden Fakten sollen illustrieren, wie es um die gesellschaftliche Wiederaneignung des Staates am Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert bestellt war.

Vorausschicken möchte ich, dass die bolivianische Wirtschaft seit kolonialer Zeit auf zwei Säulen beruhte: der Ausbeutung (vorwiegend nicht erneuerbarer) natürlicher Ressourcen (Radhuber 2013: 133 ff.) und der Landwirtschaft (Radhuber 2008: 150). Die

nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen waren seit Mitte des 20. Jahrhunderts Gegenstand abwechselnder Nationalisierungs- und Privatisierungswellen; die an ihrer Ausbeutung beteiligten Unternehmen waren deshalb entweder Staatsfirmen oder ausländische bzw. transnationale Konzerne (Radhuber 2013: 136 ff.), die über technisches Know-how verfügten.

Mangels Industrie blieb bolivianischen Privatleuten lediglich die Land- und Forstwirtschaft als Wirtschaftszweig. Die Produktion von Koka und ihren Derivaten ist in Bolivien ein weiterer wirtschaftlicher Faktor, der allerdings eng mit der Landproblematik verbunden ist. Wegen der großen Schwierigkeit, hierzu verlässliche Quellen zu finden, muss die Koka-Problematik in der vorliegenden Arbeit außen vor bleiben. Insgesamt kommt Radhuber zu dem Schluss: „*Bolivien ist ein traditionelles Agrarland, in dem das Land ein Faktor ökonomischer, politischer und ideologischer Macht ist*“ (Radhuber 2008: 150).

Vor diesem Hintergrund ist die Verteilung des Landes der entscheidende Faktor für die wirtschaftliche Position von Individuen, Familien oder sozialen Gruppen in Bolivien. Dabei ist es wichtig, zwischen Hochland und Tiefland zu differenzieren:

Es hatte in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in Bolivien eine Landreform gegeben, in deren Rahmen im Hochland und den interandinischen Tälern Großgrundbesitz enteignet und in Form von individuellen Parzellen an bäuerliche Familien vergeben wurde (Schilling-Vacaflor 2010: 124.). Die weitere Aufteilung durch Erbschaft führte über die Jahrzehnte zu einer weiteren Fragmentierung des Landbesitzes, die gemeinsam mit Erosion und Übernutzung der Böden zur Folge hat, dass der Lebensunterhalt vieler bäuerlicher Familien im Hochland heute gefährdet ist. Potential für eine gewinnorientierte, landwirtschaftliche Industrie bietet in Bolivien eher das Tiefland, zum Beispiel im *departamento* Santa Cruz.

Im Tiefland hatte die Landreform der 50er Jahre andere Auswirkungen: 1984 befanden sich 72 % der Agrarflächen im bolivianischen *departamento* Santa Cruz in den Händen einer Elite, die nur 2,7 % der Bevölkerung darstellte (Sandoval Arenas 2003: 48). Mit 370 621 km<sup>2</sup> nimmt das *departamento* Santa Cruz de la Sierra rund ein Drittel des bolivianischen Territoriums ein und es hat das größte landwirtschaftliche Potential.

Der Grund für diese unterschiedliche Entwicklung liegt darin, dass die Landreform eine Ausnahme für diejenigen Latifundien erlaubte, in die Kapitalinvestitionen zum Zwecke der Modernisierung erfolgt waren (Art. 35 des Agrarreformgesetzes von 1953). In Folge dieser Ausnahmeklausel blieben die Latifundien im Tiefland ganz überwiegend unangetastet. „*This has exacerbated the concentration of economic, political and social power in a small regional elite that has so far been denying the right of indigenous peoples to ownership of their ancestral territories. With a few exceptions, these territories remain the property of ranchers and agro-industrial groups*“ (OAS und IACHR 2007: Nr. 233).

Die landbesitzende Elite beutete die lokale, sich als indigen verstehende Bevölkerung teilweise im System der Schuldknechtschaft aus: Das bolivianische Tiefland, vor allem der Chaco, wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts der tatsächlichen Herrschaft des Staates unterworfen. 1892 wurde die Nation Guaraní, die den bolivianischen Chaco überwiegend bevölkerte und die bis dahin erbitterten Widerstand geleistet hatte gegen das staatliche Eindringen in ihr Territorium, in der Schlacht von Kuruyuki besiegt und anschließend

massakriert (DED Bolivien 2008: 6). In der Folge wurde das Land im Chaco von der Regierung an einzelne Personen vergeben, die die lokale Guaraní-Bevölkerung im System der Schuldknechtschaft ausbeuteten (ebenda).

Die Situation der in Schuldknechtschaft lebenden sogenannten *familias cautivas* (gefangene Familien) ist durch folgende Aspekte gekennzeichnet, die in verschiedenen Berichten beschrieben werden (DED Bolivien 2008; OAS und IACHR 2009; Van der Valk Tavera 2011): Sie leben auf abgelegenen *haciendas*, ohne Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder einem Arbeitsmarkt. Ihre einzige Verdienstmöglichkeit ist die Arbeit auf der *hacienda*, zu Bedingungen, die der *hacendado* vorschreibt. Die Arbeitstage sind sehr lang, 11 oder 12 Stunden. Oft werden sie in Naturalien bezahlt, Barzahlungen liegen deutlich unter dem staatlichen Mindestlohn. Mitunter wird der Arbeitszwang auch mit physischer Gewalt durchgesetzt oder es kommt zu Bestrafungen für „Ungehorsam“ unter Einsatz physischer Gewalt. Da Kleidung, Saatgut und Konsumgüter von der Familie gekauft werden müssen, der die *hacienda* gehört, und diese Familie Buch über Verdienste und Schulden führt, kommt es zur Verschuldung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die häufig des Rechnens und Lesens nicht mächtig sind. Eigene Aussaat findet auf dem Land des *hacendados* statt, der als Gegenleistung für die kostenlose Landnutzung die Guaraní zwingen kann, die Ernte an ihn zu verkaufen, zu dem von ihm festgesetzten Preis. Die gesamte Familie arbeitet für denselben *hacendado* und, da die Minderjährigen oft Dienst im Haushalt verrichten, entsteht eine emotionale Bindung an den *patrón*, den Hausherrn und „Beschützer“. Es kommen auch „Verlegungen“ von Arbeitern vor, von einer *hacienda* auf die andere, wobei der neue *hacendado* die Schulden des Arbeiters bezahlt und dieser nun ihm gegenüber verschuldet ist. Die Möglichkeit eines Schulbesuchs der Kinder hängt von der Zustimmung des *patrón* ab. Viele der Zwangsarbeiter verlassen die *hacienda* ihr Leben lang nicht und sehen nie die Städte der Region. Mit diesem Zustand individueller Rechtlosigkeit geht der Verlust der kulturellen Identität des gesamten Familienverbandes einher.

Ich führe dies hier so detailliert aus, weil damit eine weitere Rolle des Rechts sichtbar wird: Das Recht stellt die Lohnarbeitskraft her. Nachdem die ursprünglichen Bewohner und Bewohnerinnen des Kontinents auf dem Land nicht mehr in der gewohnten Weise (Ackerbau, Jagd, Hüttenbau, etc.) existieren können, da dieses zum Eigentum anderer Leute gemacht wurde, müssen sie nun zur Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse einer Lohnarbeit nachgehen. Es wird eine Rechtssubjektivität unterstellt, die es ihnen erlaubt, „gleichberechtigt“ Verträge abzuschließen. Durch die evident ungleichen Ausgangsbedingungen können diese Verträge jedoch nur in ihrer Versklavung enden, die das Recht damit legitimiert. Die Regierung Morales hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht, diese Zustände zu beenden. 2007 wurde durch das Decreto Supremo 29292 ein Interministerialer Rat zur Beendigung der Schuldknechtschaft und anderer Formen der Zwangsarbeit geschaffen und ein Aktionsplan für die Nation Guaraní ins Leben gerufen.

Das Tiefland ist der größere Teil Boliviens, allein die *departamentos* Beni, Pando und Santa Cruz, nehmen fast zwei Drittel des bolivianischen Territoriums ein, gleichzeitig lebt

aber nur ein Drittel der Bevölkerung in diesen *departamentos*.<sup>10</sup> Die drei eben genannten *departamentos* bilden den Hauptteil des Tieflandes in Bolivien, dazu kommen Teile der *departamentos* Tarija und Chuquisaca.

Urioste beschreibt die ungleiche Verteilung des Landes in Santa Cruz mit folgenden Zahlen: Zwischen 1953 und 1992 profitierten 402 Personen von der Schenkung von 7,7 Millionen Hektar Land in Santa Cruz (Urioste F. de C. 2011: 13 f.). Die Schenkungen erfolgten von Staatsseite, berücksichtigt sind hierbei nur Schenkungen von über 10.000 ha Größe. *„Dies ist die materielle Basis des dunklen Geschäftes mit dem Land in Santa Cruz, das in den letzten zwei Jahrzehnten einen Landmarkt hervorgebracht hat, der auf wenige Verkäufer konzentriert ist, die [...] mit allen Mitteln versuchen, sich jeglicher staatlicher Kontrolle zu entziehen“* (Urioste F. de C. 2011: 14).

Das bolivianische Parlamentsmitglied und damals Präsident des Sonderausschusses für die Rechte der indigenen Völker, Heriberto Lázaro Barcaya machte der Öffentlichkeit bekannt, dass noch 2006 89 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bolivien in den Händen von 5 % der Bevölkerung lagen (Nachrichtenagentur bolpress 2006a)<sup>11</sup>. Der Pressebericht nennt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Familiennamen: *„Die Familie von Barbery Paz, die verwandtschaftliche Beziehungen zu dem Ex-Minister Roberto Barbery hat, der zurzeit Kommentator beim Fernsehsender PAT ist, ist Eigentümerin von 208.775,468 Hektar“* (ebenda). Weiter wird die Familie Monasterios benannt, der der Fernsehsender Unitel gehört und die diesem Bericht zufolge Ländereien von der MNR-Regierung erhalten haben soll. Die Meldung wurde am 16.11.2006 veröffentlicht und von mehreren Nachrichtenportalen aufgenommen. Als ursprüngliche Quelle wird überwiegend ABI (*Agencia Boliviana de Información*) genannt, die Nachrichtenagentur des Kommunikationsministeriums, das zum damaligen Zeitpunkt von MAS geleitet wurde.

Eine Woche später nahm der damalige Regierungssprecher Alex Contreras den Bericht noch einmal auf und erklärte, politische Funktionsträger bzw. -trägerinnen verschiedener Parteien hätten sich und ihren Familien in den vergangenen Jahren 59 Millionen Hektar von den insgesamt 65 Millionen Hektar Landwirtschaftsfläche in Bolivien angeeignet (Nachrichtenagentur bolpress 2006b). In der Nachricht werden konkrete Namen von ehemaligen Parlamentsangehörigen und Senatoren genannt.

Beide Nachrichten beziehen sich auf Daten des Nationalen Instituts für die Agrarreform (INRA), das in Bolivien für die Landvergabe zuständig ist; es handelt sich jedoch letztlich um politische Äußerungen, die im Rahmen politischer Machtkämpfe gefallen sind. Es wurde damals im Parlament um eine Reform des Landesgesetzes gestritten. Die von mir bisher zitierten Untersuchungen von Urioste (Urioste F. de C. 2011), Radhuber (Radhuber 2008) und Sandoval (Sandoval Arenas 2003) bestätigen die extrem ungleiche Verteilung von Land in Bolivien. Die persönlichen Beziehungen der landbesitzenden Familien untereinander oder zu politischen Akteurinnen und Akteuren sind dort jedoch nicht beschrieben.

<sup>10</sup> Eigene Berechnung auf Basis von Angaben auf der Seite: [https://de.wikipedia.org/wiki/Departamentos\\_in\\_Bolivien](https://de.wikipedia.org/wiki/Departamentos_in_Bolivien).

<sup>11</sup> Eine deutsche Fassung der Nachricht findet sich unter <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-dicken-fische-an-land-grossgrundbesitzerfamilien-19093.html>.

Radhuber berichtet immerhin, wie die landbesitzenden Eliten in Bolivien die Landkonzentration in ihren Händen auf Dauer garantierten: Ein Mittel hierfür war die CAO (*Cámara Agropecuaria del Oriente* – Landwirtschaftskammer des Ostens), die als Repräsentation der landwirtschaftlichen Industrien ihren Einfluss auf Politik und Justiz ausübte. Beispielsweise „*war René Salomon, der Direktor der CAO gewesen war, 6 Jahre lang Direktor des INRA*“<sup>12</sup>. *Die Sprecher des Agrargerichtshofes waren gleichzeitig Anwälte der CAO*“ (Radhuber 2008: 152). Was hier anklingt, sind persönliche Verflechtungen zwischen Menschen, die in unterschiedlichen Organisationssystemen Positionen bekleiden.

Um diese persönlichen Verflechtungen genauer zu betrachten, möchte ich zwei lokale Untersuchungen fruchtbar machen: Zum einen die Untersuchung von Rea über die Eliten von San Borja, einer Kleinstadt im *departamento* Beni im Tiefland (Rea Galloso 2005) und die Untersuchung von Gordillo, Rivera, u. a. über die Machtstrukturen in der Großstadt Cochabamba (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007), die in einem interandinen Tal liegt. Es handelt sich um zwei ganz unterschiedliche Regionen, die allerdings wirtschaftlich miteinander verbunden sind.

San Borja, der Hauptort der gleichnamigen Gemeinde, hatte im Jahr 1992 rund 11.000 Einwohner und Einwohnerinnen (Rea Galloso 2005: 48). Hauptindustriezweige sind Landwirtschaft, Viehwirtschaft und Holzindustrie (ebenda).

Rea beschreibt, dass die Elite von San Borja aus nicht mehr als 10 großen Familien besteht: „*Alle diese Familien züchten Vieh und / oder sind in der Holzindustrie tätig, sie üben die höchsten öffentlichen Ämter aus – auch am Gericht, in der Polizei [...] und in der Armee –, einige sind Eigentümer von Medien (Radios und Fernsehsender) und von Privatschulen*“ (Rea Galloso 2005: 70). Rea belegt diese Ansicht auch im Einzelnen, zum einen mit einer Liste der Kandidaten<sup>13</sup>, die die beiden großen Parteien ADN und MNR in San Borja für das Bürgermeisteramt, als Gemeinderatsmitglieder und als Senatoren und Parlamentsmitglieder auf nationaler Ebene aufgestellt haben, und wie sich diese Kandidaten zwischen 1985 und 1999 auf die sechs wichtigsten Familien verteilten (Rea Galloso 2005: 77). Die gleichen sechs Familien besitzen gemeinsam knapp drei Viertel des Landes in San Borja, allerdings mit gruppeninternen Unterschieden: Während eine Familie über 50.000 ha besitzt, was fast ein Drittel der Fläche ist, besitzt eine andere weniger als 4.000 ha (Rea Galloso 2005: 58). Wie aus einem von Rea zitierten Zeitungsbericht hervorgeht, legen die Familien Geld zusammen, um die politischen Kampagnen einzelner Mitglieder zu unterstützen (Rea Galloso 2005: 59). Die Kosten einer Wahlkampagne werden hier mit 60.000 USD bzw. 100.000 USD angegeben. Auf diese Weise haben sich innerhalb der Familien der Elite zwei Blöcke von Familien gebildet, die die beiden genannten Parteien vor Ort repräsentieren: „*In gleicher Weise ist jeder Block die Achse, um die herum sich die wichtigsten sozialen Festlichkeiten organisieren, sei es in getrennten Zusammenkünften oder bei den gemeinsamen – im Club Social, auf dem Ausstellungsgelände, zu den Festen der Schutzheiligen und zum Jahresende – wo sie auf verschiedene Tische verteilt erscheinen*“ (Rea Galloso 2005: 45). Dabei ist die politische „Gegnerschaft“ keineswegs unüberwindbar. Rea beschreibt, wie in den 80er Jahren eine

<sup>12</sup> INRA ist das staatliche Institut für die Landreform, die zuständige Instanz für die Landverteilung.

<sup>13</sup> Rea schreibt in der männlichen Form und anonymisiert, so dass nicht zu erkennen ist, ob auch Frauen darunter waren.

Führungspersönlichkeit von ADN aus San Borja die politische Leiter hinaufstieg bis zum Sitz im Parlament und Vorsitz mehrerer Wirtschaftsverbände. Gleichzeitig gelang einem MNR-Kandidaten aus San Borja der Aufstieg zum Parlamentsmitglied. „*Um diese beiden Personen herum formen sich die Familien- und Wirtschaftsnetzwerke, die sich in verschiedenen Momenten und Gelegenheiten kreuzen und vermischen und die die gleichen politischen und wirtschaftlichen Ziele miteinander teilen, bzw. um diese streiten*“ (Rea Galloso 2005: 61). Durch die Reproduktion dieser kolonialen und patriarchalen Familienstrukturen mit gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen wird die Exklusion und Marginalisierung des Großteils der Bevölkerung mit weniger sozialem Kapital bewirkt (Rea Galloso 2005: 70).

Diese sehr ländlichen, familiären Herrschaftsstrukturen konnten natürlich in den bolivianischen Großstädten nicht in der gleichen Weise aufrecht erhalten werden. In Cochabamba, einer Großstadt mit heute über 600.000 Einwohnern und Einwohnerinnen, war die Macht in der Kolonialzeit unter drei Gruppen verteilt: „*Die hacendados, die Bürokraten und die Händler*“ (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 6). Bereits im 19. Jahrhundert gelang es jedoch einer Gruppe lokaler (sich als indigen verstehender) kleinbäuerlicher Familien, sich im *departamento* landwirtschaftlich nutzbare Parzellen aus den ehemaligen Gemeinschaftsländereien zu kaufen (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 10). Daraus resultierte eine eher kulturelle als biologische Vermischung (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 167), d. h. während die Nachfahren spanischer Familien weiter unter sich heirateten, übernahmen die kleinbäuerlichen Familien zunehmend die Kultur der Mächtigen. Dennoch lag noch in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts die politische Macht in der Stadt Cochabamba „*in den Händen der Sprecher der landbesitzenden Elite, und die wichtigsten staatlichen Institutionen, wie die Präfektur des departamento und das Bürgermeisteramt von Cercado*<sup>14</sup> *wurden geführt von namhaften Mitgliedern der mit Landbesitz und Finanzen verbandelten Familien*“ (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 59). Aufgrund der Landreform der 50er Jahre wurden die Latifundien aufgelöst und an kleinbäuerliche Familien vergeben, die sich daraufhin in politische Klientel der Partei MNR verwandelten, die die Landreform ermöglicht hatte: Der Vergabeprozess war langwierig und abhängig vom politischen Wohlwollen. Die neu gegründeten bäuerlichen Gewerkschaften mussten die Vergabe für ihre Mitglieder bei Gericht beantragen (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 18). „*Nachdem die Bande der Abhängigkeit von den patrones zerrissen waren, bildeten sich die neuen sozialen Beziehungen auf Basis der Beziehungen zu den Gewerkschaftsführern und den Agrarrichtern, die die Beziehungen zu den Regierungsfunktionären vermittelten*“ (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 20).

Im Ergebnis, so konkludieren Gordillo, Rivera u. a., verloren die landbesitzenden Eliten in Cochabamba ihre Machtbasis. Gleichzeitig zogen Immigranten und Immigrantinnen zu, die gerade in der lokalen Industrie (Lebensmittel, Kleidung, etc.) eine wichtige Rolle spielten (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 169 f.). Den bäuerlichen Familien hingegen gelang über die Gewerkschaften nur sehr bedingt ein Aufstieg in Positionen der Macht. Auch die Führungspersönlichkeiten der starken urbanen Gewerkschaften, wie des Transports und anderer Rubren, haben zwar häufig Macht in ihrer sozialen Gruppe, aber ihnen fehlt die formelle Bildung für die Übernahme der öffentlichen Verwaltung, wie sie die landbesitzenden Eliten noch hatten (Gordillo, Rivera

<sup>14</sup> *Cercado* heißt die Provinz, in der die Stadt Cochabamba liegt.

Pizarro u. a. 2007: 171). So fanden sich in den sozialen Hierarchien in Cochabamba 2006 sowohl die Erben und Erbinnen privilegierter Familien als auch Unternehmer und Unternehmerinnen von Beratungs- und Baufirmen in Koexistenz mit den gewerkschaftlichen Eliten des Transportsektors, des Handels, u. a. (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 172). Dies wirft die Frage auf, wer denn nun die Macht in Cochabamba in den Händen hält. Dazu machten Gordillo u. a. folgende Entdeckung: „*Unsere Informanten führten uns auf einen dornigen Pfad der Forschung über die Ausschreibungen und Zuschläge von öffentlichen Aufträgen und die Verträge mit Beraterfirmen und Baufirmen. In der Aufdeckung dieser Themen fanden wir heraus, dass im Inneren dieser Institutionen Interessengruppen existieren, die wir die bürokratische Elite nennen wegen ihrer Fähigkeit, sich innerhalb der schwerfälligen Maschinerie der Verwaltung zu bewegen, die aus Akademikern und Spezialisten bestehen, die seit Jahrzehnten Erfahrung in der Verwaltung staatlicher Gelder und der Gewinnung persönlichen Nutzens haben. Wir fanden heraus, dass die Machtstrukturen aus neuen bürokratischen Eliten bestehen, die intim verflochten sind mit den politischen Eliten*“ (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 172 f.).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass in Abwesenheit klarer sozialer oder politischer Machtverhältnisse in der Stadt die Bürokratinnen und Bürokraten die Macht übernommen haben, aufgrund ihrer Fähigkeit, den Staat zu bedienen und die staatlichen Gelder zu verwalten. Sie unterhalten dabei spezielle Beziehungen zu wirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, an die sie öffentliche Aufträge vergeben, und zu den Führungspersönlichkeiten der starken sozialen Gruppen. Hieraus lässt sich schließen, dass speziell in Cochabamba möglicherweise die Wichtigkeit von *Familienbanden* abgenommen hat, nicht jedoch die Wichtigkeit persönlicher Beziehungen.

Die Beschreibung dieser Zustände wirft auch die Frage nach den Verschränkungen von Recht und Politik auf. Ein Bericht der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten über das Rechtssystem in Bolivien (OAS und IACHR 2007) wirft ein interessantes Licht auf die Schwäche des Rechtssystems in Bolivien und seine fehlende Unabhängigkeit:<sup>15</sup> Beides wird in dem Bericht unter anderem auf die Prozeduren der Ernennung von Richtern, Richterinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen zurückgeführt. Die Rede ist von „*complaints about irregularities in the system of appointment and promotion of judges*“ (OAS und IACHR 2007: Nr. 15). Die Prozedur der Ernennung der obersten Richterinnen und Richter sei intransparent und viele Stellen blieben unbesetzt (OAS und IACHR 2007: Nr. 77, 78). Ohne in die Einzelheiten zu gehen, lässt sich aus diesen Andeutungen entnehmen, dass Verschränkungen zwischen Politik und Recht existieren, die sich über die Ernennung von Richterinnen und Richtern materialisieren.

Aus diesen Umständen ergibt sich das Bild einer engen personalen Verschränkung von Politik, Landbesitz, Wirtschaft, Justiz und Medien wobei sich der Machtfaktor Landbesitz vorwiegend im Tiefland manifestiert, wo die Latifundien durch die

---

<sup>15</sup> Ich beziehe mich kritiklos auf den Bericht, weil er das bolivianische Justizsystem *vor* dem Amtsantritt von Evo Morales beschreibt. Die Daten wurden im November 2006 erhoben (OAS und IACHR 2007: Nr. 1), im ersten Amtsjahr, und der Bericht betont, dass die aufgefundenen Menschenrechtsprobleme „das Erbe vergangener Zeiten“ (OAS und IACHR 2007: 4) sind. Die Beziehungen zwischen der Organisation Amerikanischer Staaten und der Regierung Morales waren teilweise mit Spannungen belastet, so dass eine Bezugnahme auf Wertungen der OAS, die die Regierung Morales betreffen, m. E. nicht ohne eine Analyse politischer Hintergründe erfolgen sollte.

Landreform nicht aufgelöst wurden. Im Hochland liegt die Macht eher bei wirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Wer die politische Macht innehat, versorgt sich und andere mit Land, hat Entscheidungsmacht über die staatlichen Ressourcen und öffentliche Aufträge und über die Ernennung von Justizpersonal. Wer Land hat oder ein durch öffentliche Aufträge florierendes Geschäft, hat Geld und kann Wahlkampagnen finanzieren oder Fernsehsender betreiben, die Wahlwerbung machen und somit Einfluss darauf nehmen, wer als nächstes an die Position politischer Macht gelangt. Es behielt also auch im 20. Jahrhundert eine vergleichsweise kleine Gruppe von Personen bzw. Familien die Fäden der Macht in der Hand.

Nach Schlichtes Staatsbegriff besteht der Staat sowohl aus dem Ideal als auch aus den tatsächlich gelebten Praxen und die Dynamik staatlicher Herrschaft liegt gerade in dem Spannungsfeld zwischen beidem. In der systemischen Perspektive besteht das Staatsideal in der funktionalen Ausdifferenzierung und der Autopoiese von Recht, Politik und anderen Systemen der Gesellschaft. Die Frage ist, wie die eben beschriebene persönliche Verschränkung von Politik, Landbesitz, Wirtschaft und Justiz als tatsächlich gelebte Praxis begrifflich gefasst werden kann. Dazu möchte ich den Netzwerkbegriff zu Hilfe nehmen.

#### 2.7.2.4. Netzwerke in den Organisationssystemen

Wie eben gezeigt wurde, behielt auch im 20. Jahrhundert eine kleine Gruppe von Personen bzw. Familien die Fäden der Macht in der Hand. Der Begriff des Netzwerks drängt sich auf und kann für die Analyse fruchtbar gemacht werden:

Die Diskussion, wie Netzwerke systemtheoretisch zu beschreiben sind, ist nicht abgeschlossen. Dennoch lässt sich den neueren Publikationen ein weitgehender Konsens in Bezug auf zwei Aspekte entnehmen: Erstens ist offensichtlich geworden, dass Netzwerke auch in den Gesellschaften existieren, die wir gemeinhin als funktional differenziert beschreiben. *„Soziale Netzwerkbildungen stützen sich auf Strukturen der Differenzierung, weil sie an der – qua Ausdifferenzierung erzeugten – Polykontextualität der Inklusions- und Exklusionsprofile von Individuen ansetzen, sich hinsichtlich der Zugänge zu Leistungen aber nicht an das damit ‚eigentlich‘ verbundene Prinzip der Rollentrennung halten“* (Tacke 2011a: 93, Anführungszeichen im Original). Das bedeutet, Netzwerke beziehen sich direkt auf die individuellen Möglichkeiten des Zugangs zu bestimmten Organisationssystemen, die durch die funktionale Differenzierung der Gesellschaft entstanden sind. Organisationen haben die Macht, die Bedingungen von Austritt und Eintritt in die Organisation zu regeln (Luhmann 1972: 108) und Netzwerkbildung kann u. a. hieran anknüpfen.

Tacke untersucht in dem eben zitierten Text, welche *„funktionsspezifischen Andockstellen für soziale Netzwerkbildung“* (Tacke 2011a: 96, Hervorhebung im Original) die verschiedenen ausdifferenzierten Bereiche der Gesellschaft bieten. Die Autorinnen und Autoren zweier neuerer umfassender Sammelbände zum Thema Netzwerke und Systemtheorie (Fuhse und Mützel 2010; Tacke und Bommes 2011) gehen übereinstimmend von der Prämisse aus, dass sich Netzwerkbildung und funktionale Differenzierung nicht gegenseitig ausschließen, sondern in einem spezifischen Verhältnis zueinander stehen.

Zweitens scheint Konsens dahingehend zu bestehen, dass Netzwerke sowohl innerhalb von Funktionssystemen entstehen können, sowie auch quer zu deren Grenzen. Das bedeutet, sie sind *anders* als die klassischen Systemtypen Interaktion, Organisation und Funktionssystem. Holzer formuliert dies so: „*In dieser Liste tauchen ‚Netzwerke‘ nicht auf. Unter der Voraussetzung, dass dabei an ‚Individuen in Beziehungen‘ gedacht ist, können sie auch keinen Platz finden, da soziale Systeme nicht aus Individuen bestehen*“ (Holzer 2010: 99, Anführungszeichen im Original). Auf dieser Grundlage entwickelt Holzer den Vorschlag, die Beziehung als wesentliches Element des Netzwerkes zu betrachten: „*Ein Netzwerk besteht aus miteinander verknüpften Beziehungen, nicht aus miteinander verknüpften Menschen*“ (Holzer 2010: 113). Die grundlegende Andersartigkeit von Netzwerken in Bezug auf die o. g. drei Systemtypen wird auch von anderer Seite beschrieben: Fuchs beispielsweise hält Netzwerke für eine Grundform sozialer Kommunikation, die der Systembildung vorausgeht und die aus Beziehungen besteht (Fuchs 2001: 256). Auch Japp meint, entwicklungsgeschichtlich gingen die Netzwerke den Systemtypen vor (Japp 2011: 262). Fuhse hingegen meint, soziale Netzwerke stünden „*quer zu den von Luhmann formulierten Typen von Sozialsystemen*“ (Fuhse 2009: 307), weil die Konstruktion der Akteure bzw. Akteurinnen und ihrer Identitäten erst durch das Netzwerk möglich sei.

Ich möchte die spezifische Funktionsweise von Netzwerken hier anhand der sowohl von Holzer (Holzer 2010) als auch von Tacke (Tacke 2000; Tacke 2011b) beschriebenen *Beziehungsbezogenheit* von Netzwerken nachvollziehen: Nach Tacke (Tacke 2011b) ist die Basis von Netzwerken Reziprozität. Die Mitglieder eines Netzwerks erwarten voneinander heterogene Leistungen, die weder sofort erfolgen müssen noch direkt aufrechenbar sind und möglicherweise auch von Dritten geboten werden können. Es muss also einen Vertrauensvorschuss geben. „*Kommunikation in Netzwerken kann in dem Maße stabilisiert werden, wie sie sich auf Reziprozitäten der Leistungskommunikation stützt und mit Blick auf offene Zukünfte und ‚Gegengaben‘ hinreichendes Vertrauen zu erzeugen vermag*“ (Tacke 2011b: 15, Hervorhebung und Anführungszeichen im Original).

Tacke beschreibt Netzwerke als Kombinationen sozialer Adressen (Tacke 2000). Unter Bezugnahme auf Fuchs definiert Tacke die soziale Adresse als ein „*Profil aus Eigenschaften und Verhaltensweisen*“ (Tacke 2000: 300), das nicht nur in jeder Person verschieden ist, sondern das zusätzlich abhängt von den individuellen zwischenmenschlichen Erfahrungen, die eine bestimmte wahrnehmende Person mit der sozialen Adresse einer anderen Person gemacht hat. Die soziale Adresse ist in diesem Sinne polykontextual. Es handelt sich um eine kommunikative Konstruktion zwischen zwei oder mehr Teilnehmenden, die immer nur zwischen den konkret Teilnehmenden wirkt. In Abhängigkeit von den individuellen kommunikativen Erfahrungen kann eine Adresse mobilisierbar sein für bestimmte Belange. Die einer Person zur Verfügung stehenden mobilisierbaren Adressen anderer sind das soziale Kapital dieser Person (Tacke 2000: 303). Es genügt also nicht, einen theoretischen kommunikativen Zugang zu anderen Menschen etwa in Form eines Telefonbuchs zu haben, ausschlaggebend sind die jeweilige Geschichte der Kommunikationen mit einer bestimmten Person und die sich aus ihr ergebenden Potentiale. Wegen der Vielfältigkeit der möglichen Belange ist das Anlaufen von Netzwerken „*in hohem Maße prekär [...] Die Sinnzunutzung ist möglich, aber ihre Ablehnung ist es auch und dies in besonderem Maße*“ (Tacke 2000: 304 f.).

In diesem Sinne können die Verschränkungen von Macht, Landbesitz, Wirtschaft und Justiz in Bolivien als ein Netzwerk verstanden werden, in dem Personen sich gegenseitig Gefälligkeiten erweisen, in der Erwartung, diese in irgendeiner Form zurückzuerhalten. Ich gehe dabei davon aus, dass die Akteurinnen und Akteure sich vielfach persönlich kennen bzw. miteinander verwandt sind; es ist jedoch nicht Voraussetzung für die Teilnahme am Netzwerk, alle anderen Teilnehmenden persönlich zu kennen.

Wie aber verträgt sich die breite Übereinstimmung darüber, dass Netzwerke und funktionale Differenzierung sich nicht per se ausschließen, mit der oben zitierten Annahme von Luhmann, dass persönliche Beziehungen und funktionale Differenzierung einander ausschließen (Luhmann 1995a)? Die von Luhmann beschriebenen Zusammenhänge sind spezifische Probleme des italienischen Mezzogiorno, aber sie drängen sich hier auf, denn wir haben es mit einem Phänomen zu tun, das dem Bolivianischen zu ähneln scheint: Der funktional differenzierte Staat scheint in beiden Fällen besonders schwach zu sein, was die Frage aufwirft, ob hier nicht doch die Netzwerkhaftigkeit der Gesellschaft die funktionale Differenzierung außer Kraft setzt. Luhmann erkennt selbst, dass die über das Netzwerk aktivierten Ressourcen nicht in den Personen und ihren Beziehungen liegen. *„Sie werden vielmehr aus den Kompetenzen ‚abgezweigt‘, die Positionen in Organisationen zur Verfügung stellen“* (Luhmann 1995a, Anführungszeichen im Original). Das bedeutet, dass auch im Mezzogiorno der Anknüpfungspunkt des Netzwerks der spezifische Zugang des Individuums zu den *Organisationssystemen* des Staates ist: Auch hier ist eine spezifische Beziehung zwischen Netzwerk und funktionaler Differenzierung erkennbar, die es aus meiner Sicht nahelegt, die italienischen und bolivianischen Netzwerke einerseits und die deutschen oder europäischen Netzwerke andererseits (siehe hierzu bspw. die verschiedenen Beiträge in: Tacke und Bommes 2011) als unterschiedliche Abstufungen desselben Phänomens zu betrachten, anstatt auf grundlegend unterschiedliche Gesellschaftstypen zu schließen.

Wie kann nun diese spezifische Beziehung zwischen dem Netzwerk und den Organisationssystemen der funktional differenzierten Gesellschaft beschrieben werden? Hiller (Hiller 2010) beschreibt Korruption im Organisationssystem Politik als ein geradezu notwendiges Ereignis. Sie betont zunächst einen wichtigen Unterschied zwischen Funktions- und Organisationssystemen: Während Funktionssysteme aus der sie definierenden Unterscheidung (Recht / Unrecht, etc.) bestehen, sind Organisationssysteme nicht notwendigerweise an diese Unterscheidung gebunden. Stattdessen müssen sie Entscheidungen treffen: *„In order to survive in society, organisations frequently have to give weight to different criteria when making decisions“* (Hiller 2010: 69). Auch Nassehi betont die Differenz zwischen Organisations- und Funktionssystemen und meint, die *„Funktion von Organisationen besteht darin, die Operationsketten der unterschiedlichen Funktionssysteme aufeinander zu beziehen und per Entscheidungen miteinander zu koppeln. So kann politisch über Zahlungen entschieden werden, oder es kann ökonomisch über medizinische Behandlungsmethoden entschieden werden, wie man religiös für oder gegen bestimmte Bildungsinhalte entscheiden kann“* (Nassehi 2003: 161). So bewirken Organisationen in ihren Entscheidungen Kopplungen zwischen Funktionssystemen.

Dem steht nicht entgegen, dass eine Reihe von Organisationen sich an einem bestimmten Code grundlegend orientieren, weshalb sie als politische oder

Rechtsorganisationen wahrgenommen werden. Dennoch müssen sie vielfach verschiedene Bedeutungshorizonte in Erwägung ziehen. „Organisations operate as multi-referents and this means that their decision making is not necessarily guided by a single logic. Seen from the perspective of functional differentiation, therefore, corruption appears to correspond to a feeding in of foreign meaning logics at the programming level of organizations“ (Hiller 2010: 79 f.). Das Zusammenspiel verschiedener Bedeutungshorizonte korrumpiert die „reine“ Systemlogik. Korruption als Intersektion verschiedener Bedeutungshorizonte in einer Organisation muss aber nicht unbedingt negativ besetzt sein. Mitunter verlangen soziale Gruppen von der Politik ausdrücklich, sie solle nach *ethischen, ökologischen* oder *wissenschaftlichen* Kriterien entscheiden. Das umgangssprachlich negativ besetzte Phänomen der Korruption kommt erst durch eine zusätzliche moralische Wertung zustande, die abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Wertvorstellungen ist. So wird Korruption zum Zwecke persönlicher Bereicherung oft negativer bewertet als Korruption für kollektive Interessen (Hiller 2010: 74). Hiller bezeichnet das Netzwerk, das die Organisationssysteme überschreitet, als *linkage technique* (Hiller 2010: 76), denn es verbindet unterschiedliche funktionale Bereiche der Gesellschaft und erlangt immer dann besondere Bedeutung, wenn Organisationen verschiedene Bedeutungshorizonte zusammenbringen.

Tacke weist darauf hin, dass sich Netzwerke jedoch auch verselbständigen können. Am Beispiel eines Netzwerks von Migrantinnen und Migranten belegt Tacke, „daß Netzwerke an den Inklusionsbedingungen und -chancen von Organisationen und Funktionssystemen Struktur und Stabilität gewinnen“ (Tacke 2000: 309) und zum Ausgangspunkt für Organisationsbildung werden können, wenn die Inklusion in bestimmte Organisationssysteme des Staates anders nicht möglich ist. Den Gedanken, dass die Verselbständigung von Netzwerken in direktem Zusammenhang mit den Inklusionsbedingungen der staatlichen Organisationssysteme steht, möchte ich im Folgenden für den bolivianischen Kontext fruchtbar machen.

Die Verstrickung von Landbesitz (Wirtschaft), Politik, Recht und Medien in Bolivien bietet ein wenig inklusives Bild: Der politische (Wahl-) Erfolg ist abhängig von der Gunst der Medien, dies dürfte der Grund für die oben erwähnten Landschenkungen an Inhaber und Inhaberinnen von Fernsehsendern in Bolivien sein. Nur in der Politik kann über die Vergabe von Staatsland oder von öffentlichen Aufträgen entschieden werden. Ebenso wird in der Politik über die Besetzung der einzigen Instanz entschieden, die die Politik begrenzen könnte: das Justizsystem. In einem solchen Szenario ist es für die einzelne Person, die im politischen oder Rechtssystem eine Position einnehmen möchte, das Naheliegendste, sich direkt an das Netzwerk zu wenden, anstatt formelle Zugangswege (Studium und Bewerbung) zu priorisieren. Der formelle Zugangsweg muss zwar in der Regel auch erfüllt werden, aber nach dem oben Gesagten steht zu erwarten, dass das Netzwerk auch im System Wissenschaft genug Einfluss hat, um den Zugang zu formellen Qualifikationen zu erleichtern. Es gehört zu den bolivianischen Alltagsweisheiten, dass der Mensch Beziehungen haben muss, um an Positionen in Staat oder Wirtschaft zu gelangen. Dies bedeutet: Die Inklusion in die Organisationssysteme des Staates erfolgt über das Netzwerk. Der oder die Einzelne braucht mobilisierbare Adressen im Netzwerk für die Inklusion in die Organisationssysteme.

Wenn die Inklusion in die Organisationssysteme der Gesellschaft über das Netzwerk erfolgt, dann hat sich dieses in hohem Maße stabilisiert und verselbständigt. Ich hatte oben Radhuber zitiert, die darauf hinweist, dass ein Ex-Direktor der CAO, also der Interessenvertretung der landbesitzenden Gruppen des Tieflandes, später Direktor des INRA wurde, des staatlichen Instituts für die Landvergabe. Über den Netzwerkzusammenhang erklärt sich, wie bestimmte Organisationen auch ihre Ex-Funktionäre und -Funktionärinnen noch für ihre Ziele einspannen können, wenn diese längst die Institution verlassen haben: Das Kernelement hierbei ist meines Erachtens nicht die formelle Zugehörigkeit dieser Menschen zur CAO als Organisation, stattdessen spielen ihre persönlichen Beziehungen die entscheidende Rolle (zum Unterschied zwischen Netzwerkherstellung und öffentlicher Netzwerkdarstellung siehe auch Tacke 2011b). Dennoch hat die Organisation CAO zwei entscheidende Funktionen: Sie ermöglicht eine konstante Koordination der gemeinsamen Interessen über den Rahmen von Familienfesten hinaus und sie ermöglicht es, dass Außenstehende Teil des Systems werden können, indem sie dort arbeiten. Über Organisationssysteme wie die CAO können die Netzwerke sich personelle Ressourcen erschließen, die es im Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftskreis nicht gibt. Die CAO ist meines Erachtens ein Beispiel dafür, wie das Netzwerk sich so sehr verselbständigt hat, dass es selbst zum Ausgangspunkt von Organisationsbildung geworden ist.

Der Umstand, dass die oben zitierten Autorinnen und Autoren Netzwerke aus systemtheoretischer Perspektive detailliert beschreiben, ohne eine letztgültige Einordnung in die Begrifflichkeiten der Luhmannschen Systemtheorie (Funktionssystem, Organisationssystem, Interaktionssystem) vorzunehmen, ermutigt mich, auch hier die Frage offen zu lassen. Ich möchte stattdessen hier die Frage aufwerfen, welche Art von Beobachtung die Netzwerkkommunikation ist: Fremdbeobachtung, Selbstbeobachtung oder Metakommunikation?

Holzer zufolge besteht ein Netzwerk „aus miteinander verknüpften Beziehungen“ (Holzer 2010: 113). Wenn Netzwerkkommunikation Kommunikation über die Beziehung ist und Netzwerke *andersartig* sind, wie vielfach behauptet (s.o.), dann wäre es denkbar, die Abgrenzung von Netzwerken gegenüber ihrer Umwelt auf der Ebene der Metakommunikation zu suchen. Watzlawick zufolge hat jede Kommunikation eine Metakommunikation, in der Beziehungsaspekte kommuniziert werden (Watzlawick, Beavin u. a. 1967: 51 ff.). Mit der Gewährung des Gefallens und der Erwartung von Reziprozität im Netzwerk wird in erster Linie eine Beziehung etabliert oder bestätigt: Mit jeder Gefälligkeit bestätige ich dem oder der anderen, dass zwischen uns eine Beziehung besteht, in der solche Gefälligkeiten erwartbar sind, weshalb auch ich eine noch unspezifizierte Gegenleistung erwarte. Diese Kommunikation findet jedoch nicht allein für sich statt, sie begleitet vielmehr Entscheidungen der Organisationssysteme und läuft auf deren Meta-Ebene mit. Dies behindert nicht die Autopoiese der Organisationssysteme, denn die Kommunikation der Organisationssysteme hat immer einen Beziehungsaspekt, also eine Metakommunikation. Rechtskommunikation enthält auf der Meta-Ebene häufig die Bestätigung einer Machtbeziehung. Dies hindert die Autopoiese des Rechtssystems nicht, denn die Anschlusskommunikationen (Berufung, Revision, Bezugnahme in anderen Urteilen) beziehen sich auf die Rechtsebene und das System reproduziert sich.

Unabhängig davon, ob man den Vorschlag der Netzwerke als Metakommunikation annehmen möchte, versetzt uns bereits der oben beschriebene breite Konsens über die Existenz von Netzwerken in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften in die Lage, die Gleichzeitigkeit von Netzwerk und Organisationssystem zu denken. Unter diesem Blickwinkel gibt es keinen Grund, anzunehmen, dass die Existenz von Netzwerken per se die Autopoiese der Organisationssysteme blockiert.

Aber beide können miteinander in ein Spannungsfeld geraten und dieses Spannungsfeld ist ja nach Schlichte gerade die *zentrale Dynamik staatlicher Herrschaft* (Schlichte 2005: 84). Das Spannungsfeld entsteht, weil zu erwarten ist, dass unter den für Bolivien beschriebenen Bedingungen der Abhängigkeit gesellschaftlicher Inklusion von Netzwerken wenig freiwilliger gesellschaftlicher Anschluss an die *Funktionssysteme* zu beobachten sein wird. Welchen Sinn hat es, die Rechtmäßigkeit von etwas zu behaupten oder im Einzelnen zu diskutieren, wenn man genau weiß, dass die Durchsetzung letztlich an persönlichen Beziehungen hängt? Es ist Zeitverschwendung und führt nicht weiter. Ich denke in diesem Sinne kann die Existenz von Netzwerken das Ideal des modernen Staates untergraben: weil sie das Interesse der Menschen am *freiwilligen Anschluss* an die Funktionssysteme mindern können. Und anders als die staatlichen *Organisationssysteme*, die den Anschluss erzwingen können durch Anreiz (Zugang zu exklusiv staatlich verwalteten Gütern) oder Strafe (Erzwingung von Handlungen oder Unterlassungen durch Strafjustiz und andere Instrumentarien) können sich die *Funktionssysteme* ohne freiwilligen Anschluss nicht reproduzieren. Letztlich basieren aber die Machttechniken des modernen Staates nicht unwesentlich auf den *Funktionssystemen*. Der freiwillige Anschluss der sich als Bürger und Bürgerinnen verstehenden Menschen an die Kommunikationen von Recht und politischer Macht erleichtert den Machterhalt politischer Akteurinnen und Akteure enorm, es erspart ihnen die viel ressourcenintensivere Durchsetzung per Zwang. So untergraben die Akteurinnen und Akteure in den Netzwerken gleichzeitig die Basis ihrer Macht und müssen diese wieder herstellen. Dies ist meines Erachtens das Spannungsfeld zwischen Netzwerk und staatlichen Organisationssystemen, in dem sich die zentrale Dynamik staatlicher Herrschaft entfaltet.

### 2.7.3. Staatsbegriff

Die Herausforderung besteht nun darin, einen systemtheoretischen Staatsbegriff zu entwickeln, der auch dem postkolonialen Bolivien gerecht werden kann, das heißt die Funktion der eben beschriebenen Netzwerke adäquat erfasst. Luhmanns Staatsbegriff, nach dem der Staat „*ein Teilsystem des politischen Systems*“ (Luhmann und Kieserling 2002: 215) sei, ist hier wenig nützlich. Nassehi zufolge ist der Staat mit seinen Organisationssystemen ein „*Zurechnungspunkt mit der Funktion der Visibilisierung des politischen Prozesses*“ (Nassehi 2003: 162). Dies ist richtig, auch insoweit, als die Netzwerke im Verborgenen agieren und ihr Handeln dem Staat zugeschrieben wird. Allerdings beschreibt auch diese Konzeption die spezifische Beziehung zwischen staatlichen Organisationssystemen und Netzwerken nicht.

Deshalb möchte ich die Definition erweitern mit Schlichtes Staatsbegriff: Schlichte definiert den Staat als „*ein Machtfeld, in dem verschiedene Akteure um Geltungen streiten und mit ihren Praktiken teils staatliche Ansprüche stärken und realisieren, sie aber auch teils negieren und*

obstruieren“ (Schlichte 2005: 291). Der Staat müsse stets aus zwei Perspektiven gleichzeitig gedacht werden: aus der Sicht des Ideals eines geschlossenen Staates und aus der Sicht der „verstärkenden, schwächenden oder kontradiktorischen Praktiken und Allianzen“ (Schlichte 2005: 110), die diese Geschlossenheit aufbrechen und den Verlauf und die Entwicklung von Machtbeziehungen aufzeigen.

Schlichte nimmt damit eine wesentliche Wirkung der oben beschriebenen Netzwerke in den Blick, nämlich die Problematik der teilweisen Durchsetzung und teilweisen Negierung staatlicher Ansprüche. Dieses Phänomen ist meines Erachtens besonders typisch für postkoloniale Kontexte und spielt auch in Randerias Konzept der „listigen Staaten“ (Randeria 2006) eine wesentliche Rolle. Ein listiger Staat ist Randeria zufolge ein Staat, der schwach erscheint, weil ihm scheinbar das Vermögen fehlt, seine politischen Entscheidungen in der Gesellschaft durchzusetzen. *„Die Selbstdarstellung der listigen Staaten als ‚schwach‘ kann als eine Strategie der politischen Elite, um öffentliche Erwartungen niedrig zu halten, interpretiert werden. So wird die Verantwortung für Policy-Gestaltung und ihre selektive Implementierung an externe Akteure delegiert, gleichzeitig aber Manövierraum für die partielle Durchsetzung internationaler Abkommen und Geberkonditionalitäten gesichert“* (Randeria 2006: 235 f., Anführungszeichen im Original). Randeria beschreibt, wie es dem indischen Staat gelingt, die Interessen privilegierter nationaler Eliten gegen transnationale Konzerne durchzusetzen, aber gleichzeitig unterprivilegierte Schichten nicht zu schützen. Deshalb meint sie, dass *„der indische Staat selektiv stark und strategisch schwach ist. Er weist Stärken auf, wenn es um die Förderung der Interessen der Privilegierten geht; bei der Erfüllung selbst seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Armen gibt er sich aber als schwach aus“* (Randeria 2006: 236).

Nun können Indien und Bolivien nicht ohne Weiteres gleichgesetzt werden, ich möchte deshalb zunächst ein Beispiel dafür darlegen, auf welche Weise in Bolivien staatliche Ansprüche von staatlichen Institutionen negiert worden sind.

Ein solches Beispiel bietet das Agrarreformgesetz von 1996. Diesem Gesetz zufolge sollte bis 2006 das gesamte bolivianische Territorium vermessen und umverteilt werden (Art. 64). Das Gesetz war im Ergebnis massiver sozialer Proteste erlassen worden (OAS und IACHR 2007: Nr. 234 ff.), dem Parlament also in gewisser Weise aufgezwungen worden und wurde in der Folge kaum umgesetzt: Bis 2006 wurden nur 13 % des Territoriums vermessen und verteilt, der Prozess wurde durch staatliche Instanzen sabotiert. Es gab Fälle von Korruption seitens der Angehörigen des INRA oder des Agrargerichtshofes, die vor Fälschung von Dokumentation nicht zurückschrecken; es gab einen Mangel an Kooperation diverser öffentlicher Stellen, die Ausweisdokumente oder Rechtspersönlichkeit gewähren sollten, dies aber nicht taten, usw. (ebenda). Staatliche Stellen haben also nicht nur durch Untätigkeit den Prozess behindert, es gab auch aktivere Boykottformen.

Eine naheliegende Erklärung dafür, wie ein so koordiniert erscheinendes Handeln möglich war, sind die oben beschriebenen Netzwerke. Die besondere Stärke des Netzwerks liegt darin, alle möglichen Arten von Gegenleistungen ins Spiel bringen zu können, auch von Dritten. *Generalisierte Reziprozität* und *Polykontextualität* (Tacke 2000: 306) sind die Netzwerkeigenschaften, die hier Wirkung entfalten. So setzen (korrupte) Beauftragte des INRA und andere (korrupte) Funktionärinnen und Funktionäre die

Interessen *anderer* durch, weil diese *anderen* in der Lage sind, eine Vielzahl von möglichen Gegenleistungen zu erbringen oder bei Dritten einzufordern: Bargeld, berufliche Beförderung, ein Stück Land an einem anderen Ort, das Einlegen eines guten Wortes in einem Rechtsstreit oder in einem Bewerbungsverfahren, etc. Es ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass Inklusion in Bolivien hauptsächlich über die Netzwerke erreicht wird. Viele der genannten Gefälligkeiten sind anders gar nicht zu bekommen. Dies soll keine Entschuldigung für strafbares Handeln sein, aber es erklärt den geradezu koordiniert erscheinenden Boykott des Agrarreformgesetzes von 1996. Die Bedingungen der Inklusion in die Organisationssysteme versetzen die Akteurinnen und Akteure des Netzwerks in die Lage, die Entscheidungen des politischen Systems mal durchzusetzen und mal zu boykottieren.

So können diejenigen Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Netzwerk, die über viele mobilisierbare Adressen verfügen bzw. die Macht über die Verteilung staatlicher Ressourcen haben, ihre Interessen nicht nur an ihrer eigenen Position im System durchsetzen, sondern über das Netzwerk auch an vielen anderen Stellen. So kann es auch dazu kommen, dass das Netzwerk staatliche Organisationssysteme im Ganzen boykottiert, indem es zum Beispiel die Funktionsfähigkeit der Justiz behindert. Der Bericht der interamerikanischen Menschenrechtskommission belegt diese Funktionsunfähigkeit der Justiz und macht dafür unter anderem die schleppende und irreguläre Ernennung von Justizfunktionärinnen und -funktionären und den gewaltigen Arbeitsrückstand diverser Gerichte verantwortlich (OAS und IACHR 2007: Nr. 91 und Nr. 132). Die Durchsetzungsfähigkeit der Organisationssysteme hängt von dem persönlichen Engagement der Akteurinnen und Akteure der Organisationssysteme ab. Wenn es niemanden persönlich interessiert, dass die Justiz funktioniert, dann setzt sich diese Justiz auch nicht durch.

Auf dieser Grundlage ist der postkoloniale Staat in Bolivien also ein aus den Organisationssystemen Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft etc. bestehendes *Potential*, dessen Verwirklichung vom Agieren eines Netzwerks abhängt, das die Organisationssysteme überschreitet. Die Akteurinnen und Akteure des Netzwerks mobilisieren soziale Adressen und staatliche Ressourcen in Abhängigkeit von ihren Interessen zur Realisierung oder auch zur Untergrabung staatlicher Ansprüche. Das Netzwerk liegt als System quer zu den staatlichen Organisationssystemen, baut jedoch zwingend auf ihnen auf, denn die für das Netzwerk relevanten Verfügungsmöglichkeiten über bestimmte Ressourcen beruhen auf den Positionen in den Organisationssystemen. Diese spezifische Beziehung verdient genauere Betrachtung, denn sie ist „*die zentrale Dynamik staatlicher Herrschaft in der Dritten Welt*“ (Schlichte 2005: 84).

Aus dem Zusammenspiel zwischen Netzwerk und Staatsorganisation entsteht eine zirkuläre Dynamik: Je mehr das Netzwerk sichtbar wird, desto weniger Interesse am freiwilligen Anschluss an die *Funktionssysteme* ist bei der Bevölkerung zu erwarten. Dieser freiwillige Anschluss ist jedoch ein wichtiger Faktor der Macht der *Organisationssysteme*, weil über ihn viele Handlungen motiviert werden können, die sonst mühsam erzwingen werden müssten. So müssen die Akteurinnen und Akteure des Netzwerks gelegentlich in ihren Praktiken auch das staatliche Ideal erfüllen und werden von ihm in ihrer Freiheit beschränkt.

Die *Zirkularität* der eben beschriebenen Dynamik hat zur Folge, dass die vermehrte Teilnahme der Bevölkerung an Kommunikationen der politischen Macht und des Rechts durchaus die Akteurinnen und Akteure in den Netzwerken dazu zwingen kann, ihr Handeln näher an dem Ideal des modernen Staates auszurichten. Gleichzeitig vergrößert eine solche Teilnahme, wenn sie über *Organisation* vermittelt wird, in der Regel auch die Machtbasis der an der Macht befindlichen Akteurinnen und Akteure und erleichtert ihnen das Herrschen. So wurde in den 50er Jahren die Landreform genutzt, die neuen Wählerinnen und Wähler über die bäuerlichen Gewerkschaften an die existierenden politischen Parteien anzubinden und die Macht einer Elite zu stärken (Gordillo, Rivera Pizarro u. a. 2007: 20). Ein ganz ähnlicher Prozess fand in den 90er Jahren aufgrund des Gesetzes über die Teilnahme der Bevölkerung (*Ley Nr. 1551 – Ley de participación popular*)<sup>16</sup> erneut statt. Mit diesem Gesetz wurde die politische Macht in Bolivien dezentralisiert. Die Kompetenz der bis dahin nur im städtischen Raum bestehenden Gemeinden wurde räumlich auf ihre ländliche Umgebung erweitert, das ländliche Gebiet in Bolivien wurde vollständig in sogenannte ländliche Basisorganisationen (*Organización Territorial de Base – OTB*) aufgeteilt und dem Einflussbereich einer Gemeinde zugeschlagen. Zusätzlich wurden die sachlichen Kompetenzen der Gemeinde erweitert und es wurden ihnen größere finanzielle Ressourcen zugesprochen. Mit diesem Gesetz wurde „lokale Politik“ in Bolivien erst möglich, gleichzeitig eroberten sich die politischen Parteien den ländlichen Raum (Ströbele-Gregor 2000: 155): Ländliche *comunidades* erhielten eine Rechtspersönlichkeit (Art.5), um in Form der OTB an der Dezentralisierung teilnehmen zu können. Ihre Rolle ist jedoch auf Beratungs- und Informationsrechte beschränkt (Art. 7). Die Entscheidungen in der Gemeinde werden vom Gemeinderat gefällt und vom Bürgermeister ausgeführt, Kandidaten und Kandidatinnen für diese Ämter müssen auf Parteilisten kandidieren. So kam es, dass „*sich die in den OTBs organisierte Basis auf Suche nach Parteien machen musste, um ihre – parteiunabhängigen – Interessen vertreten zu können*“ (Ströbele-Gregor 2000: 159). Mehr Menschen nehmen an Politik teil, aber gleichzeitig entstehen über Organisation neue lokale Ressourcen politischer Macht und dadurch verbreitert sich die Machtbasis des Netzwerks, es erobert sich nun auch den ländlichen Raum und kann nun auch dort exklusiv Inklusionschancen vergeben.

Die oben begonnene Definition des Staates als ein aus den Organisationssystemen bestehendes *Potential*, dessen Verwirklichung vom Agieren von Netzwerken abhängt, kann hier noch ergänzt werden: Die Beziehung zwischen funktionaler Differenzierung und Netzwerk(en) ist eine zirkuläre Dynamik gegenseitiger Abhängigkeit, in der beide nur gemeinsam prosperieren können. Das übermäßige Sichtbarwerden der Netzwerke schwächt die Machtbasis des Staates und damit die Ressourcen der Netzwerke. Die Netzwerke müssen also ein staatsförmiges Agieren zumindest vortäuschen und sich dadurch manchmal auch Zugeständnisse abringen lassen. Eine Erhöhung von funktional differenzierter Staatskommunikation in der Gesellschaft durch organisierte vermehrte Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen hingegen führt in der Regel auch zu einer Stärkung der Netzwerke, weil neue zu verteilende (Macht-) Ressourcen entstehen, auf die das Netzwerk routiniert und zuerst zugreift und sie für sich nutzbar macht.

---

<sup>16</sup> Das Gesetz wurde 2013 durch das Gesetz über Teilnahme und soziale Kontrolle abgeschafft.

Gleichzeitig trägt vermehrte Kommunikation von Recht und politischer Macht in der Gesellschaft dazu bei, die Freiräume für *andere* gesellschaftliche Kommunikation zu verringern. Diese Freiräume sind von vornherein begrenzt durch den Zwangscharakter des Staates: Das Territorium und die Personen der Staatsangehörigen markieren die Grenzen des Potentials, nicht der tatsächliche oder freiwillige Anschluss an die Organisationssysteme. Während sich die Funktionssysteme der Gesellschaft über den freiwilligen kommunikativen Anschluss reproduzieren, ersetzt der Staat diese Freiwilligkeit: Er definiert sich Staatsangehörige über das Staatsterritorium und macht diese zwangsweise zu Empfängerinnen und Empfängern von Kommunikationen des Rechts und der politischen Macht, indem er das Verstehen von Gesetzen durch Veröffentlichung fingiert und deren Befolgung beansprucht. Es werden Institutionen zur Verwaltung des „Öffentlichen“ geschaffen, die das „Öffentliche“ allen anderen entziehen. Über die Schulpflicht werden die Staatsangehörigen auch zu Empfängerinnen und Empfängern von Unterscheidungen im Code Wahrheit / Unwahrheit. Die Freiräume für andere Formen sozialer Kommunikation werden noch kleiner, wenn die Bevölkerung sich freiwillig vermehrt kommunikativ am Staat orientiert.

Wie ich im nächsten Kapitel zeigen werde, zieht ein Teil der bolivianischen Gesellschaft andere Kommunikationen den Kommunikationen der Funktions- und Organisationssysteme vor.

Konflikttransformation durch Verfassungsdialoge  
Herrschaft, Recht und kollaborative Praxis in Bolivien

Frey, V.

2017, XIII, 192 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-15530-8